Donnerstag, den 16. Juni 1927. Einzelnummer 10 Pfennig. 38. Jahrgang. — Nr. 138

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstr. 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.32 Rmk. + 8 Pf Trägerlohn = 0.40 Rmk., monatlich 1.35 Rmk. + 36 Pf. Trägerlohn = 1.70 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.06 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Wojtows Mörder vor dem Standgericht.

Das Urteil: schwerer Kerker ohne zeitliche Beschränkung.

Warschau, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) **Unter rieſiger Beteiligung begann am Mittwoch vormittag in Warschau das Standgerichtsverfahren gegen den Mörder des ruſſiſchen Geſandten in Warschau, Wojkow, Kowerda. Er iſt noch keine zwanzig Jahre alt, beſitzt eine ſiebenklaſſige Gymnaſialbildung und war noch bis vor kurzem Mitarbeiter einer in Wilna erſcheinenden weißruſſiſchen Zeitung. Die Frage des Vorſitzenden, ob er den Mord begangen habe, bejaht der Angeklagte, er bekennt ſich jedoch zu keiner Schuld. Den Mord habe er verübt, um ſich für all das, was die Bolſchewiſten in Rußland begangen haben, zu rächen. Den Geſandten hat der Angeklagte vor der Tat nicht gekannt.**

Die Zeugenausſagen brachten in den Gang der Verhandlungen keinerlei neue Momente. Von beſonderem Intereſſe waren lediglich die Ausſagen der Eltern und Freunde des Angeklagten, die ſich auf ſeine Perſon bezogen. Die Nachbarn bezeichnen Kowerda als einen beſcheidenen und ſehr arbeitſamen Menſchen, der den Lebensunterhalt der ganzen Familie mit 150 bis 200 Zloty, die er als Korrektor einer weißruſſiſchen Zeitung verdiente, beſtritt. Zu Hauſe wurde nie von Politik geſprochen. Der Vater war als ehemaliger zariſtiſcher und ſpäterer Offizier der Roten Armee wegen der ihm in Sowjetrußland nicht zuſagenden Verhältniſſe nach Polen geflohen und war dann lebhaft politiſch intereſſiert. Er hat einige Zeit gemeinſam mit Sawinkoff antikommuniſtiſche Zeitſchriften und Broſchüren herausgegeben. Sein Sohn arbeitete zeitweilig auch an einer kommuniſtiſchen Zeitung mit, änderte jedoch ſeine Einſtellung zum Kommunismus vollſtändig, als aus Rußland die Kunde kam, daß ſein beſter Freund von den Kommuniſten in Rußland erſchoſſen worden ſei. Kowerda will tatſächlich die Abſicht gehabt haben, nach Sowjetrußland zu reiſen, wo er hoffte, das ihm in Wilna vorenthaltene Abiturium zu erhalten. Das Wilnaer ruſſiſche Gymnaſium, wo er ſieben Klaſſen abſolvierte, mußte Kowerda verlaſſen, weil er in ſeiner Berufsarbeit als Zeitungskorrektor nur wenig Zeit fand, ſeinen Schulpflichten nachzukommen.

Die Ausſagen der politiſchen Polizei in Wilna ergaben, daß bei den dort vorgenommenen Verhaftungen und Hausſuchungen kein belaſtendes Material, das etwa den Nachweis einer im Zuſammenhange mit dem Attentat Kowerdas ſtehenden Organiſation erbracht hätte, vorgefunden wurde. Nur bei Kowerda ſelbſt wurde die Quittung eines Briefes entdeckt, in dem er einen Dollar für das Nikolai-Nikolajewitſch-Komitee ins Ausland geſandt hatte.

* * *

Warschau, 16. Juni. (Eigener Funkbericht.) Um 1½ Uhr nachts verkündete das Standgericht das Urteil gegen den Mörder des ruſſiſchen Geſandten Wojkow. Kowerda wurde zu ſchwerem Kerker ohne zeitliche Beſchränkung verurteilt. Gleichzeitig beſchloß das Gericht, den Staatspräſidenten zu erſuchen, die Strafe in eine fünfzehnjährige ſchwere Kerkerſtrafe umzuwandeln.

Polniſche Antwort auf die ruſſiſche Note erſt nach Rückkehr Zaleſki's.

Warschau, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der polniſche Geſandte in Moskau hat von der Warſchauer Regierung angeſichts der durch die zweite ruſſiſche Note geſchaffenen Lage neue Inſtruktionen erhalten. Ueber die polniſche Antwortnote auf dieſe Note wird bekannt, daß ſie erſt nach der Rückkehr des Außenminiſters Zaleſki aus Genf erfolgen wird. Auch ſcheint man vorerſt den Ausgang des am Mittwoch begonnenen Prozeſſes gegen den Mörder des ruſſiſchen Geſandten Wojkow, Kowerda, abwarten zu wollen.

Die Konferenz der ſechs Mächte.

Keine Kampffront gegen Sowjet-Rußland.

Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht). Die mit ſo großer Spannung verfolgten Beſprechungen zwiſchen den Vertretern der ſechs Mächte, die an der Dezemberkonferenz teilgenommen hatten, ſind am Mittwoch nach nochmaliger 2½ſtündiger Dauer zu Ende geführt worden. Da Briand infolge Erkrankung das Hotel nicht verlaſſen konnte, fand die Mittwochkonferenz im Hotel des Bergues ſtatt. Das über die Beſprechung herausgegebene Kommuniqué fällt durch ſeinen ſtark allgemeinen Charakter auf und man gewinnt den Eindruck, daß es keineswegs ein getreues Bild deſſen gibt, was diskutiert worden iſt.

Vor allem geht das Kommuniqué über die wichtige Diskuſſion hinweg, welche dem Verhältnis der kontinentaleuropäiſchen Staaten Rußland gegenüber gewidmet war und die ihren ſenſationellen Ausdruck in den rein auf Kombinationen beruhenden Meldungen von Sauerwein im „Matin" und Marcel Ray im „Petit Journal" gefunden hat. Es wäre ſchon deshalb notwendig geweſen, wenigſtens anzudeuten, in welchem Sinne die Vertreter der ſechs Mächte ihre Politik Rußland gegenüber zu orientieren gedenken. Sie hätten das umſo ruhiger tun können, als — wie der Sonderberichterſtatter des „Soz. Preſſedienſt" in Genf aus abſolut zuverläſſiger Quelle erfährt — kein Augenblick von der Herſtellung einer antiruſſiſchen heiligen Allianz die Rede war. Im Verlauf der Beſprechungen hat Chamberlain im Gegenteil ſelbſt Wert auf die Feſtſtellung gelegt, daß er keineswegs beabſichtige, die kontinentaleuropäiſchen Staaten zu veranlaſſen, etwa die gleiche Politik zu verfolgen, die England Rußland gegenüber für notwendig gehalten hat. Briand, Vandervelde und Stresemann haben ferner ausdrücklich darauf hingewieſen, daß bei aller Aufmerkſamkeit, die man der bolſchewiſtiſchen Propaganda widmen müſſe, doch keine Rede davon ſein könne, etwa irgendeine Kampffront gegenüber Rußland zu bilden. Wenn die Sowjetpreſſe und eine gewiſſe internationale Preſſe trotzdem das Geſpenſt des angeblichen Krieges, den man gegen Rußland vorbereite, wieder heraufbeſchwören ſollte, ſo wird man ſich dadurch nicht täuſchen laſſen dürfen.

Es hat ſich, und das iſt der große Vorteil der Beſprechungen, die hier ſtattgefunden haben, jedenfalls herausgeſtellt, daß die kontinentaleuropäiſchen Staaten nicht geneigt ſind, irgendeine Kataſtrophenpolitik zu betreiben, die etwa Rußland zu Verzweiflungstaten veranlaſſen könnte. Darüber dürfe Chamberlain ſeine engliſchen Miniſterkollegen nicht im Zweifel laſſen: Sollte das die engliſche Regierung ſelbſt zu einer ruhigeren Beurteilung der Lage beſtimmen, ſo wäre das vom Standpunkt der geſamteuropäiſchen Intereſſen aus nur nützlich.

* * *

Das amtliche Kommuniqué lautet: In Fortſetzung der Arbeiten der letzten Konferenz vom Dezember haben die Mitglieder der Konferenz die in der Schwebe gebliebenen Fragen geprüft. Dabei wurde feſtgeſtellt, wie weit einige von ihnen erfüllt worden ſind und für die anderen die Mittel aufgezeigt worden ſind, die eine Gewähr bieten für ihre Erledigung in kürzeſter Zeit.

Die Mitglieder der Konferenz haben nochmals ihren einmütigen Willen feſtgeſtellt, die Politik von Locarno fortzuſetzen, die bereits bedeutende Ergebniſſe im Intereſſe des Friedens ergab und wohl weiterhin ergeben wird.

Stresemann über das Abrüſtungsproblem.

Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsaußenminiſter Dr. Stresemann hielt am Mittwoch im Völkerbundsrat anläßlich einer Debatte über die Abrüſtungsfragen eine Rede, in der er u. a. erklärte: „Ohne die bis jetzt geleiſtete Arbeit der vorbereitenden Abrüſtungskommiſſion zu unterſchätzen, müſſen wir doch feſtſtellen, daß die Kommiſſion nicht imſtande war, die Löſung des Abrüſtungsproblems weſentlich zu fördern. Wenn die zweite Leſung nicht mit einem Fehlſchlag enden ſoll, dann muß meiner Meinung nach eine grundlegende Aenderung erfolgen. Nach dem Friedensvertrag haben alle Mitglieder des Völkerbundes die Verpflichtung, ihre Rüſtungen herabzuſetzen. Von dieſer allgemeinen Abrüſtung hängen ſowohl der Beſtand wie die Tätigkeit des Völkerbundes ab." Der Außenminiſter gab zum Schluß ſeiner Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß die Völkerbundsverſammlung im September dem Abrüſtungsproblem einen neuen Anſtoß gebe, ſo daß der ehrliche Wille zur Abrüſtung eine Stärkung erfährt.

Der litauiſche Miniſterpräſident Woldemaras gab dann eine längere Erklärung ab, die u. a. beſagt, daß Litauen keineswegs die Abſicht habe, das Memelgebiet ohne Volksvertretung zu laſſen. Die Wahlen für den memelländiſchen Landtag würden ſpäteſtens im September ſtattfinden können. Die litauiſche Regierung ſei außerdem feſt entſchloſſen, die Autonomie des Memelgebietes, wie ſie im Memelſtatut feſtgeſetzt ſei, wirkſam werden zu laſſen. Woldemaras verſicherte ferner, daß die politiſchen und ſonſtigen Rechte des Memelgebiets in vollem Maße gewährleiſtet werden ſollten.

Außenminiſter Dr. Stresemann erwiderte ſeinerſeits mit einer Erklärung, daß er glaube, darauf verzichten zu können, die Memelangelegenheit auf der jetzigen Ratstagung weiter zu verhandeln.

Befriedigung in Paris.

Paris, 15. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Klärung, die der politiſche Horizont durch die Genfer Beſprechungen erfahren hat, wird hier mit allergrößter Genugtuung begrüßt. Die Tatſache, daß es durch die direkte Ausſprache zwiſchen den beteiligten Außenminiſtern gelungen iſt, Divergenzen aus der Welt zu ſchaffen, die ſeit Wochen die internationale Atmoſphäre zu vergiften drohten, ſcheint ſelbſt die Rechtspreſſe davon überzeugt zu haben, daß die europäiſche Solidarität doch kein leeres Wort iſt und bei gegenſeitigem Verſtändigungswillen ſelbſt für Fragen eine Löſung gefunden werden kann, in der die Intereſſen der beteiligten Länder ſich diametral gegenüberzuſtehen ſcheinen.

Wie ſtark hier der Stimmungsumſchwung iſt, erhellt am beſten aus dem Umſtande, daß ſowohl hinſichtlich der Kontrolle der zerſtörten Oſtfeſtungen wie in der Frage der Reduktion der Beſatzung die Polemik wie mit einem Schlage verſtummt iſt und ſelbſt nationaliſtiſche Blätter heute erklären, daß es im Grunde genommen höchſt gleichgültig ſei, in welcher Weiſe die Nachprüfung der Zerſtörungen durchgeführt werde. So ſchreibt am Mittwoch z. B. der „Temps", daß die Alliierten auch nicht einen Augenblick daran gedacht hätten, die offizielle Erklärung der deutſchen Regierung in Zweifel zu ziehen, ſondern es ihnen lediglich darum zu tun geweſen ſei, durch eine einwandfreie Feſtſtellung der durchgeführten Zerſtörungen jedes Mißverſtändnis aus der Welt zu ſchaffen. Nur deshalb werde Wert darauf gelegt, ſich durch eigenen Augenſchein von der Erfüllung der Deutſchland von der Botſchafterkonferenz gemachten Auflage zu überzeugen. Auch hinſichtlich der Truppenherabſetzung ſcheint plötzlich ſelbſt die Rechte der Zurückziehung von einigen tauſend Mann nicht mehr ganz unbedingt ablehnend gegenüberzuſtehen.

Die Mißverſtändniſſe, zu denen hier die ſtark entſtellten Erklärungen, die Stresemann am Dienstag in der ruſſiſchen Frage abgegeben hat, Veranlaſſung gaben, haben am Mittwoch durch Veröffentlichung des authentiſchen Textes ihre Aufklärung gefunden. Der „Temps" ſtellt dazu feſt, daß von einem Eintritt Deutſchlands in einen gegen Rußland gerichteten Block ſchon deshalb nicht die Rede ſein könne, weil keine der europäiſchen Regierungen im Ernſte daran gedacht habe, eine gegen die Sowjetregierung gerichtete Koalition auf die Beine zu bringen. Bei den Beſprechungen in Genf handle es ſich lediglich darum, Mittel zu finden, um den Frieden und die Ordnung vor den ihr von Rußland her drohenden Gefahren zu ſchützen, wobei es jedoch jeder einzelnen Regierung überlaſſen bleibe, ihren Beziehungen zu Moskau denjenigen Charakter zu geben, der ihren eigenen Intereſſen am beſten entſpricht.

Eine neue Tagung des vorbereitenden Abrüſtungsausſchuſſes beſchloſſen.

Genf, 15. Juni. In der Ratsſitzung wurde heute neben der Memelfrage das Abrüſtungsproblem behandelt, wodurch zwei Berichte Dr. Beneſchs angeſchnitten wurden. In dem zweiten Bericht wurde nach eingehender Debatte, an der Paul Boncour, Dr. Stresemann und Vandervelde teilnahmen, die Zuſtimmung des Rats zur Abhaltung einer neuen Tagung des vorbereitenden Abrüſtungsausſchuſſes erbeten. Die Ratsſitzung nahm nach einem Schlußwort des Ratspräſidenten Chamberlain dieſen Bericht unverändert an. In der Debatte betonte Paul Boncour, daß in dieſer Vertagung kein Begräbnis der Abrüſtungsfrage und auch kein Eingeſtändnis der Unfähigkeit zu ihrer Löſung zu erblicken ſei. Der deutſche Reichsminiſter des Aeußern gab die bereits gemeldete Erklärung ab. Der belgiſche Außenminiſter Vandervelde äußerte die Ueberzeugung, daß das Vorſtadium der Abrüſtungsfragen abgeſchloſſen ſei. Es ſei unmöglich, das Problem auf dem toten Punkte zu laſſen, auf dem es ſich gegenwärtig befinde. Er richtete einen dringenden Appell an die öffentliche Meinung zur Mitwirkung an der Verwirklichung des Abrüſtungsgedankens. Dr. Beneſch als Berichterſtatter ſtimmte den Ausführungen ſeiner Vorredner zu und unterſtrich insbeſondere die Aufgaben der Regierungen in der öffentlichen Meinung auf dieſem Gebiete. Chamberlain betonte, daß trotzdem, wie Lord Robert Cecil ſich äußerte, der Erfolg des vorbereitenden Ausſchuſſes als erheblich zu bezeichnen ſei, die Abrüſtungskonferenz noch nicht die reſtloſe Löſung bringen könne, ſondern nur einen erſten Schritt auf dem Wege der allgemeinen Abrüſtung bedeute.

Stresemann braucht Hilfe.

Staatsſekretär Weißmann fährt nach Genf.

Der Staatsſekretär im Preußiſchen Staatsminiſterium, Dr. Weißmann, iſt am Mittwoch abend nach Genf gereiſt, um dort den Reichsaußenminiſter bei ſeinen Verhandlungen über die Herabſetzung der Beſatzungstruppen im Rheinland zu unterſtützen. Mit anderen Worten: die preußiſche und unter Führung eines Sozialdemokraten ſtehende Koalitionsregierung ſoll dem Außenminiſter des Rechtskabinetts zu Hilfe eilen.

Die Meldung, daß es ſich bei der Anweſenheit von Weißmann in Genf um die Vertretung des preußiſchen Standpunktes „in ſchutzpolizeilichen Fragen" handelt, trifft nach unſeren Informationen nicht zu. Die Auseinanderſetzungen über die Schutzpolizei ſind durch gegenſeitige Vereinbarungen ſchon ſeit mehreren Monaten beendet und ſoweit die Erfüllung eines geringfügigen Teiles dieſer Abmachungen noch ausſteht, haben die Alliierten ihr Einverſtändnis erteilt.

Die nächſte Tagung der Exekutive der Sozialiſtiſchen Arbeiter-Internationale

iſt nach Brüſſel für den 11. bis 13. September einberufen worden. Am Tage des Sitzungsbeginnes findet die feierliche Enthüllung des von der Sozialiſtiſchen Arbeiter-Internationale errichteten Denkmals Matteotis im Salle Blanche des Maiſon du Peuple in Brüſſel ſtatt. Die Uebergabe des Monuments in die Obhut der Belgiſchen Arbeiterpartei wird durch eine Rede des Vorſitzenden der Sozialiſtiſchen Arbeiter-Internationale, Abgeordneten Arthur Henderſon, erfolgen. Im Namen des italieniſchen Proletariats wird Filippo Turati ſprechen.

Der Sitzung der Exekutive wird am 10. September eine Sitzung des Büros der Sozialiſtiſchen Arbeiter-Internationale vorangehen.

Am Morgen des 12. September wird die konſtituierende Sitzung der von der SAI. eingeſetzten Kommiſſion zur Unterſuchung der Lage der politiſchen Gefangenen ſtattfinden.

Niederlage der Regierung im Reichstag.

Die Regierungspläne zur Portoerhöhung auf sozialdemokratischen Antrag abgelehnt.

Die Sitzung wird um 15¼ Uhr vom Präsidenten Löbe eröffnet. Auf der Tagesordnung steht zuerst ein Antrag der Völkischen und Deutschnationalen auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den völkischen Abg. Henning.

Abg. **Dittmann** (Soz.): Es handelt sich darum, daß der Abg. Henning in einer öffentlichen Versammlung in Aurich zur Steuersabotage aufgefordert hat. Der Reichstag hat schon einmal einstimmig beschlossen, die Genehmigung zur Strafverfolgung in diesem Falle zu erteilen. Henning hat sich nachträglich mit einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten gewandt, in dem der Reichstag angegriffen und behauptet wird, durch die Strafverfolgung solle die Redefreiheit der Opposition beschränkt werden. Wenn Henning sage, er sei nur seinem Gewissen gegenüber verantwortlich, so gebe es doch Leute, die behaupten, er habe gar kein Gewissen. Auch ein Abgeordneter habe keine größere Redefreiheit als jeder andere Staatsbürger, auch er muß sich an die bestehenden Gesetze halten. Diese Sache ist im Geschäftsordnungsausschuß und im Plenum wiederholt behandelt und geklärt worden. Eine nochmalige Behandlung im Ausschuß ist deshalb überflüssig, wir beantragen die Ablehnung des Antrags.

Abg. **Gräfe** (Völk.) bezeichnet die Ausführungen Dittmanns als tendenziös, es handle sich bei dieser Sache um eine Denunziation und um keine feststehende Tatsache, deshalb sei eine nochmalige Prüfung im Ausschuß notwendig, um festzustellen, was Henning in Aurich eigentlich gesagt habe. — Mit der Mehrheit der Regierungsparteien wird beschlossen, den Antrag dem Geschäftsordnungsausschuß zu überweisen.

Ohne Aussprache werden angenommen: Das Abkommen mit Frankreich über die Einrichtung der Grenzbahnhöfe; die Wiederinkraftsetzung des Freundschafts- und Handelsvertrages mit Bolivien; das deutsch-lettländische Sanitätsabkommen. Die Uebersicht über die Gestaltung der Reichseinnahmen und Ausgaben in den Jahren 1924 bis 1927 wird dem Rechnungsausschuß überwiesen. Eine Anzahl von Petitionen wird nach den Beschlüssen der Ausschüsse des Reichstags für erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung der zu der Frage der Erhöhung der Postgebühren vorliegenden Anträge und Interpellationen. Die Regierungsparteien beantragen über das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum namentliche Abstimmung.

Abg. **Torgler** (Komm.) begründet eine kommunistische Interpellation. Die bisherigen Erträgnisse der Reichspost seien erzielt worden durch Auspowerung der breiten Massen und Ausbeutung des Personals. Dr. Schätzel habe bei seinem Amtsantritt die Notwendigkeit einer Portoerhöhung verneint, sie besteht auch jetzt nicht. Der Plan der Portoerhöhung rechtfertige das schärfste Mißtrauen gegen den Minister. — Ein völkischer Antrag, den Reichsfinanzminister herbeizurufen, wird abgelehnt.

Abg. **Raschig** (Dem.) weist darauf hin, daß die Frage der Portoerhöhung so tief in das Wirtschaftsleben einschneide, daß an einem Votum des Reichstages auch der Postminister und der Verwaltungsrat nicht vorbeigehen könnten. Die jetzt geplante Erhöhung bringe eine außerordentlich schwere Belastung, besonders für Industrie und Handel, der Reichstag dürfe sich auf keinen Fall mit ihr einverstanden erklären.

Abg. Taubadel (Soz.)

erinnert daran, daß der frühere Reichspostminister Stingl im Geschäftsbericht der Reichspost für 1925 sich gegen die Erhöhung der Gebühren gewandt hat, weil das das Signal für eine Preissteigerung auf der ganzen Linie unserer Wirtschaft bilden würde. Das hat auch heute noch seine Richtigkeit. Die jetzt geforderte Erhöhung der Portosätze um 50 Prozent und darüber hinaus würde alljährlich eine neue Belastung des Volkes um 300 Millionen Mark zur Folge haben. Wir haben von Anfang an verlangt, daß dabei auch der Reichstag ein deutliches Wort mitreden muß, und es zeugt von dem schlechten Gewissen des Bürgerblocks, wenn er diese Aussprache bisher verhindert hat. Der Verwaltungsrat der Reichspost sollte sich hüten, gegen den Willen großer Parteien des Reichstages diese schwere Belastung vorzunehmen, er sollte bedenken, daß er damit auch das Postfinanzgesetz in Gefahr bringt. Dabei ist die Notwendigkeit einer solchen starken Erhöhung gar nicht zu erkennen. Es sollen 56 Millionen Mark notwendig sein für den erhöhten Wohnungszuschuß und die erhöhten Löhne. Diese Ausgaben, die eine üble Auswirkung der Mietenerhöhung durch den Bürgerblock sind, hätten schon bei der Aufstellung des Etats einkalkuliert und aus laufenden Mitteln bestritten werden müssen. Die für Verkehrsverbesserungen verlangten 80 Millionen Mark hat der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates schon auf 40 Millionen zusammengestrichen. Eigenartig ist auch die Forderung von 24 Millionen Mark für Verzinsung und Tilgung von Anleihen, weil doch die Gesamtsumme der Anleihen noch nicht voll getätigt ist. Darf die Reichspost überhaupt von dem Etatsansatz, nach dem 800 Millionen Mark Anleihen aufgenommen werden sollen, abgehen oder nicht? Es wäre ja immer noch die Aufnahme einer Auslandsanleihe möglich, die nie zu einer Gefahr für die deutsche Währung werden kann, weil sie ausschließlich für werbende Zwecke aufgenommen wird. Auch von einer zu starken Verschuldung, die gegen die Aufnahme einer Anleihe spräche, kann nicht die Rede sein. Statt aber den Weg der Auslandsanleihe zu gehen, will das Reichspostministerium einfach die Gebühren derart erhöhen, daß laufend alljährlich 150 Millionen Mark für Anleihezwecke entnommen werden können. Zum mindesten hätte man noch bis zum Ablauf des Jahres warten sollen, um zu sehen, wie sich die Besserung der deutschen Wirtschaftslage auf die Finanzen der Reichspost auswirkt.

Jedenfalls liegt allein deswegen, weil angeblich der Inlandsmarkt zur Aufnahme einer großen Anleihe nicht fähig ist, noch kein Grund zu einer so ungeheuerlichen Gebührenordnung vor. Man darf doch bei alldem nicht übersehen, daß der Reichspost noch erhebliche Reserven zur Verfügung stehen und sich die Einnahmen im letzten halben Jahre gut entwickelt haben. Erst wenn der Abschluß des Etatsjahres beweist, daß die höher veranlagten Einnahmen nicht aufgekommen sind und der Reservefonds teilweise herangezogen würde, kann über eine etwaige Gebührenerhöhung gesprochen werden. Die Post könnte ja ebenso wie das Reich seinen Betriebsmittelfonds zur Verfügung stellen, denn ihr stehen für den gleichen Zweck auch noch die Postscheckgelder zur Verfügung, die in Form einer gut fundierten Anleihe in gewissen Grenzen verwendet werden können. Es sind noch andere Reserven vorhanden, so ein Posten von 50 Millionen Mark, der als Abschlagszahlung an Bayern und Württemberg für ihre Post gedacht ist. Dieser Betrag soll ja durch Schuldverschreibungen abgedeckt werden. Wir haben weiter Grund zu der Annahme, daß der neue Fernsprechtarif erhebliche Mehreinnahmen bringen wird und schließlich kann man auch von den Rundfunkgesellschaften eine erhöhte Ablieferung an das Reich verlangen. Auf der anderen Seite muß es der Post möglich sein, beim Scheck- und Telegraphenwesen den Ausgleich zwischen Einnahme und Ausgabe auch ohne Gebührenerhöhung herzustellen. Auch das Bauprogramm könnte etwas beschränkt, die Automatisierung des Fernsprechverkehrs etwas verlangsamt werden. Zu den wirklichen Gründen für die Gebührenerhöhung gehört die notwendige Erhöhung der Beamtengehälter. Nach unserer Meinung ist der Postbeamtenschaft wie der ganzen Beamtenschaft nicht damit gedient, daß ihre Gehaltserhöhung auf dem Wege über eine solche Verteuerung der Gebühren erfolgt. Das bringt einmal die Beamtenschaft gegenüber der Oeffentlichkeit in eine unangenehme Lage, zum anderen ist es fraglich, ob von der Gehaltserhöhung noch etwas übrig bleibt, wenn der Gebührenerhöhung eine allgemeine Preissteigerung folgt. Wir sind der Meinung, daß, wenn man den Weg der Auslandsanleihe geht und daneben die vorhandenen Reserven heranzieht, eine Erhöhung der Gehälter schon vom 1. April d. Js. rückwirkend durchzuführen ist. Der wesentliche Grund für die Gebührenerhöhung ist zweifellos, daß man das Loch im Reichssäckel stopfen will, das durch die finanzielle Mißwirtschaft unter Führung der Deutschnationalen entstanden ist. Man spricht bereits von einer Mehrleistung der Post von 100 Millionen Mark, die zu einer weiteren Senkung der Besitz- und Realsteuern verwendet werden sollen. Das ist auch wohl der Grund, weshalb die deutschnationalen Vertreter im Arbeitsausschuß der Reichspost der Gebührenerhöhung zugestimmt haben. Will das Reich neue Mittel flüssig machen, so ist dazu der Weg der ordentlichen Steuergesetzgebung gegeben. Wenn sie dann die Besitzsteuern erhöhen wollen, so können sie auf unsere tatkräftige Unterstützung rechnen. Auf keinen Fall darf an die Stelle der ordentlichen Steuergesetzgebung die Erhöhung der Postgebühren gesetzt werden.

Wir sind der Ueberzeugung, daß auch nach einer ausreichenden Besoldungserhöhung für die Beamten sich angesichts der steigenden Konjunktur die Finanzlage der Post auch ohne Gebührenerhöhung nicht ungünstig gestalten wird. Im gegenwärtigen Augenblick würde die gewaltige Erhöhung der Postgebühren eine Preissteigerung hervorrufen, mit der unsere Wirtschaft sehr geschädigt würde. Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt darum, daß der Minister seine an den Verwaltungsrat gerichtete Vorlage zurückzieht. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Reichspostminister Dr. Schätzel:

Ich habe bei dem Reichstage die Finanzlage der Reichspost wiederholt als gesund, aber gespannt dargestellt. Mit der bloßen Anleihepolitik kommt man nicht weiter. Im Plenum habe ich auch gesagt, wir müßten es der Zeit überlassen, ob eine Gebührenerhöhung notwendig sei. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß das Zehnpfennig-Porto dem jetzigen Geldwert nicht mehr entspreche und nur einen Wert von fünf bis sechs Pfennigen darstelle, der den von der Post aufgewandten Kosten kaum entspreche. Die Finanzlage der Post hat sich inzwischen verschärft. Eine Auslandsanleihe halte ich wegen der Gefahr der Ueberfremdung

Deutschnationale Vision.

**Zwischen Lipp' und Kelchesrand
Stört ein Schatten an der Wand!**

Das Phantom der Rue Michel-Ange.

Von Henry Bordeaux.
Alleinberechtigte Uebertragung aus dem Französischen von Johannes Kunde.

10] (Nachdruck verboten.)

„Wer unter uns dachte an jenem Abend an den Krieg?"

„Nun, Ihr Mann, der ihn ankündigte."

Jetzt wagte sie nicht, zu fragen, welcher es gewesen. An jenem Tage war Mervalle ihr Gatte, und ich spielte auf Bernin an.

„Niemand hielt es für möglich," wiederholte sie. „Alle zwanzig Monate, bevor es geschah, sah Suzanne, wie ihr Bräutigam fiel, genau so, wie es dann der Leutnant Malais beobachtete, genau so, wie es am selben Tage Herr und Frau Falaise aus der Distanz gesehen haben."

„Wir wollen exakt bleiben, sie hat keine Details mitteilen, an jenem Abend keine Aufklärung über die Ursache ihres Entsetzens geben wollen."

„An jenem Abend nicht, aber einige Tage darauf haben wir es, mein Mann ebensogut wie ich, gewußt."

Diesmal war Mervalle ihr Mann. Das junge Mädchen hatte sich bei ihm nach den Quellen der seltsamen Anekdoten erkundigt, die ihm einen so großen Erfolg als Causeur gesichert hatten. Auf Befragen sollte sie dann das Geheimnis ihrer Vision preisgegeben haben.

„Heute ist sie," ergänzte Frau Mervalle-Bernin, „eines unserer besten Medien."

„Ein Medium?"

„Aber ja! Sie werden doch wohl wissen, daß man die Geister der Toten heraufbeschwört!"

„An der Front hätten wir zu viel Auswahl und zu wenig Muße."

„Aber in Paris, in der Avenue de Wagram, hat man sie. Dahin müssen Sie gehen. Das ist ein sehr vornehmer Zirkel."

„Spiritistische Sitzungen für die ersten Gesellschaftskreise!"

„Spotten Sie nur. Wenn Sie einmal dort waren, werden Sie nicht mehr den Verächtenden spielen."

„Bei meinem nächsten Urlaub gehe ich hin."

„Bald?"

„Leider nein. Nicht vor Januar."

„Das ist schade. Sehr schade. Momentan antworten die Toten wunderbar."

„Befürchten Sie, daß sie im Januar nicht mehr antworten?"

„Das kann man nie wissen. Sie sind launisch."

„Wie die Lebenden."

„Zweifellos, da sie leben. Georges Falaise hat an seinen Vater — auf dem Umwege über Suzanne — so liebevolle Ermahnungen gerichtet. Darum kann Herr Falaise das junge Mädchen gar nicht mehr entbehren. Er hat sie adoptiert und läßt sie nicht mehr zur Familie zurückkehren."

„Und Frau Falaise?"

„Ist in Erinnerung an den Sohn sehr lieb zu ihr. Aber ihr religiöser Standpunkt ist ein wenig beschränkt. Sie fühlt sich nicht berechtigt, den Versuchen beizuwohnen. Nach ihrem Glauben leben die Seelen fort, aber in einer anderen Welt, wo wir sie eines Tages wiederfinden werden."

„Sie ist eine gute Katholikin?"

„Ja, das ist sie, eine gute Katholikin. Sie weigert sich, nach der Avenue Wagram zu gehen. Das hätte beinahe Uneinigkeit in dieses harmonische, langjährige [illegible] gebracht."

Alsbald stellte ich mir — auch in einer Vision auf Distanz — das verborgene Drama des Hauses Falaise vor: Diese kleine, intrigante Suzanne hatte sich nach und nach zu insinuieren verstanden, indem sie sich als Braut gebärdete, obwohl weder eine Verlobung stattgefunden hatte, noch ein Gelübde getauscht worden war, nicht einmal ein steter und beweisender Briefwechsel lag vor. Sie förderte bei dem durch den Kummer zerrütteten Vater, welchen das telepathische Vorkommnis präpariert hatte, den Glauben an Erscheinungen und an einen Verkehr mit dem Jenseits, indem sie ihn für die spiritistischen Sitzungen interessierte, wo sie die Rolle eines Mediums spielte; sie trennte ihn von seiner alten Gefährtin mittels dieses neuen Glaubens. Ich machte skrupellos eine Art Monstrum aus ihr. Kein Zeugnis berechtigte mich dazu. Aber konnte ich nicht Intuition, mysteriöse Ahnung — aus dem Unterbewußtsein heraus — geltend machen? Der Verstand steht nicht weit, er fordert eine logische Verkettung von Ursachen und Wirkungen, ein exaktes Aufsteigen von Wirkungen zu Ursachen, eine Reihe [illegible]. Mit all dieser Belastung kommt man nicht vorwärts. Von ihrem Druck befreit, fliegt man. Weder Zeit noch Raum zählen. Man verfügt über ein geradezu göttliches Ahnungsvermögen. Hatte die Unterhaltung mit Frau Mervalle bereits ungünstig auf mein Gehirn gewirkt?

Zu dem kleinen Gemache, wo sie mich empfing, lag auf dem Tische das Buch von William James: „The Varieties of Religious Experience". Meinen Blick auffangend, fragte sie:

„Sie kennen es?"

„Ein wenig, Madame. Das Buch des berühmten Professors der Harvard-Universität ist ins Französische unter dem Titel: „Das religiöse Erfahrungswissen" übertragen worden. Aber William James wird nach meinem Dafürhalten dem Faktum der Religion nicht gerecht, er ordnet es zu sehr der Intuition unter."

„Keineswegs."

Zu philosophischer Kontroverse mit meiner schönen Gegnerin verspürte ich keine Lust. Sie selbst beschränkte sich auf die kategorische Zurückweisung:

„Es ist heute das Lieblingsbuch des Herrn Falaise. Er forscht nach Aufklärungen des Mysteriösen. Wir wechselten Briefe über dieses Thema. Aber ich sehe ihn bald in Paris."

„Sie gehen fort?"

„Ja, um mich zu verheiraten."

„Recht so."

Und wie ich — ohne jeden Glückwunsch — von ihr Abschied nahm, gab sie mir noch, fast feierlich, die Mahnung mit: „Denken Sie an die Toten. Wir dürfen sie nicht vergessen."

O Logik der Frauen! Wie hielt sie es selbst mit dem armen Pierre Bernin?

IV.
Auf der Jagd nach den Toten.

Wie ich es Frau Bernin-Mervalle gesagt hatte, oder vielmehr der zweiten Frau Mervalle, welche auch die erste war und als junges Mädchen und Witwe den nämlichen Mann heiratete, war ein Urlaub erst gegen Ende Januar herangekommen. Januar 1918. Neugier trieb mich mehr als Sympathie, die Falaise zu besuchen. Während ich im Arbeitskabinett wartete, erkannte ich schon beim Betrachten der auf dem Tische aufgestapelten Bücher, daß sein Geist verworren war. Außer James „Experience religieuse", die für sich genannt zu werden verdient, entdeckte ich in der Tat die seltsamste Bücherei. Die wissenschaftliche Richtung verkörperte, wenn man so sagen darf, das schwer aufzutreibende „Geisterbuch" des Doktor Rivail, der unter dem Namen Allan Kardec als neuester Magismus des Mysteriums gilt, sein eigenartiger Mitarbeiter war vielleicht Victorien Sardou; da fand ich Oberst Rochas „Exteriorisation der Sensibilität", Meyers „Menschliche Persönlichkeit", Swedenborg, Holberg, Robert Flud und Campanella. Die literarische Richtung vertraten „Louis Lambert" und „Seraphita" — unseren großen Balzac konnten die okkulten Wissenschaften nicht gleichgültig lassen —, ferner „Avatar und Spirite" von Theophile Gautier (seltene Ausgaben), da lagen die Geschichten Edgar Poes, „Die Eva der Zukunft", von Villiers de l'Isle, „Die großen Eingeweihten" von Schure.

(Fortsetzung folgt.)

des Reichsvermögens für national bedenklich. Durch die Verbesserungen der Zustellung und technische Verbesserungen anderer Art erwachsen der Post Mehrausgaben von 270 Millionen. Dazu kommen durch die Erhöhung der Beamtenbesoldung, deren Zeitpunkt noch offen ist, die aber voraussichtlich noch in diesem Jahre in Aussicht genommen ist (Rufe links: Voraussichtlich!), 180 Millionen Mehrausgaben, im ganzen aber 450 Millionen. Durch die Gebührenerhöhungen werden nur 20 Millionen Mehreinnahmen erzielt, sodaß noch 280 Millionen durch andere Maßnahmen gedeckt werden müssen. Die Post hat wesentlich zur Sicherung der Währung beigetragen, als sie nach der Stabilisierung beim Zehnpfennig-Porto blieb. Es wäre also ein bitteres Unrecht, wenn jetzt die deutsche Wirtschaft der Reichspost einen Vorwurf aus der Portoerhöhung machen wollte. Die Reichspost habe ihre Ausgaben nach Möglichkeit eingeschränkt und im Personalabbau mit 25 Prozent die Höchstleistung unter allen Verwaltungen erreicht. Sie habe den ernsten Willen, eine Reform der Fernsprechgebühren im Sinne einer Entlastung der Wenigsprecher durchzuführen.

Abg. **Leicht** (Bayr. Vpt.) gibt für die Regierungsparteien eine Erklärung ab, die sich gegen die zu dieser Frage gestellten Anträge wendet, weil der Reichstag dafür nicht zuständig sei. Sie verkennen allerdings nicht die schwere Belastung, die der Wirtschaft durch die Portoerhöhung zugefügt werde.

Abg. **Mollath** (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen die Portoerhöhung, die besonders den Mittelstand treffen werde. Wenn die Preise jetzt in die Höhe gingen, dann werde man wieder den Kleinhandel dafür verantwortlich machen, trotzdem er nicht die Schuld daran trage. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dietrich-Franken (Natsoz.) und **Henning** (Völk.) wird die Aussprache geschlossen. — Die beiden hierzu gestellten Interpellationen sind damit erledigt.

Bei der Abstimmung über den von der Sozialdemokratie gestellten Antrag, der die Zurückziehung der Vorlage auf Portoerhöhung verlangt, ist das Ergebnis zuerst zweifelhaft. Die Auszählung ergibt die Annahme des Antrags mit 175 gegen 173 Stimmen. Es entsteht große Bewegung im Hause, da hiermit die Regierung eine offene Niederlage erlitten hat.

Die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Reichspostminister ist namentlich. Die Sozialdemokraten stimmen dagegen, da sie, wie Abg. **Taubadel** in seiner Rede betont hat, die Waffe des Mißtrauensvotums durch ihren fortwährenden Gebrauch nicht stumpf machen lassen wolle und außerdem der Verwaltungsrat der Reichspost, nicht der Reichspostminister, die Verantwortung für die Erhöhung der Gebühren zu tragen hat. Der Mißtrauensantrag wird mit 327 gegen 35 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Um 19¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 15 Uhr. — Auf der Tagesordnung steht u. a. das Kriegsgerätegesetz. Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, ihre Anträge zur Mieterschutzgesetzgebung auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Der 11. August soll Nationalfeiertag werden.

Einbringung eines Gesetzentwurfs der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Gesetzes über die Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag nunmehr eingebracht. Der Entwurf besteht aus folgenden zwei Paragraphen:

§ 1. Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der 11. August als Verfassungstag. Er ist Fest- oder allgemeiner Feiertag im Sinne reichs- und landesrechtlicher Vorschriften.

§ 2. Am Nationalfeiertag sind alle öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen. In allen Schulen sind, für Lehrer und Schüler verbindlich, der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten; fällt der Nationalfeiertag in die Schulferien, so finden diese Gedenkfeiern bei Wiederbeginn des Unterrichts statt.

Der Antrag hat auch die Unterstützung der Demokratischen Reichstagsfraktion gefunden. Die Zentrumsfraktion hat sich ihre Stellungnahme einstweilen vorbehalten. Der Gesetzentwurf entspricht wörtlich dem im Jahre 1922 eingebrachten Gesetzentwurf, der die Namen Müller-Franken, Marx und Dr. Petersen trägt. Er entspricht damit also auch der Stellungnahme des Zentrums vom Jahre 1922, so daß man gespannt sein kann, wie das Zentrum, das damals der Weimarer Koalition angehörte, sich gegenwärtig verhält, wo es in der Reichskoalition sitzt.

* * *

Von unterrichteter Seite erfahren wir, daß sich der deutschnationale Reichsminister des Innern jetzt doch entschlossen hat, anläßlich des bevorstehenden Verfassungstages einen Runderlaß herauszugeben, falls der Reichstag den Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion, den 11. August zum Nationalfeiertag zu erklären, nicht annehmen sollte.

Die Aussichten, daß der Antrag mit einfacher Mehrheit angenommen und dadurch Gesetz wird, sind nicht gering. Insbesondere treten die Vertreter der Arbeitnehmerschaft im Zentrum für den Antrag ein.

Um die Verlängerung des Sperrgesetzes.

Regierung und Regierungsparteien halten sie nicht für notwendig.

Das Reichskabinett wird sich noch im Verlauf dieser Woche mit der Frage befassen, ob das Sperrgesetz über die Fürstenabfindung verlängert werden soll oder nicht. Da zwischen dem Freistaat Württemberg und dem dort ehemals herrschenden Hause inzwischen eine Vereinbarung zustandegekommen ist und ebenso auch in Thüringen die Verhandlungen kurz vor dem Abschluß stehen, sodaß bis zum Ablauf des Gesetzes am 30. Juni eine Einigung erzielt sein dürfte, sieht man in Regierungskreisen keinen sachlichen Grund zur Verlängerung des Gesetzes. Die gleiche Auffassung wird von den Regierungsparteien vertreten.

Auch nach den uns vorliegenden Informationen ist in Württemberg bestimmt und wahrscheinlich ebenso in Thüringen bis zum 30. Juni eine Einigung zwischen Staat und Fürstenhäusern zu erwarten. Aber was ist z. B. mit den Landesherren und den 12 Standesherren in Preußen? Alle Verhandlungen der preußischen Regierung mit diesen Herrschaften haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Sie fordern insgesamt einen jährlichen Betrag, der kapitalisiert 50 Millionen Mark ausmacht. Es kommt hinzu, daß die „kleinen Herren" weitere 5½ Millionen jährlich beanspruchen, und da sich das Sperrgesetz nicht gegen sie richtet, klagen sie bereits bei preußischen Gerichten oder haben diese Absicht in Aussicht gestellt. Insofern erweist sich die Verlängerung des Sperrgesetzes und seine Ausdehnung auf die „kleinen Herren" als unbedingt notwendig, denn selbst im günstigsten Falle ist es ausgeschlossen, daß diese Auseinandersetzungen auf gütlichem Wege bis zum Ablauf des noch bestehenden Sperrgesetzes am 30. Juni bereinigt werden könnten.

Internationale Arbeitskonferenz.

Die Frage der Koalitionsfreiheit wird nicht mehr behandelt. — Annahme der Entschließung über den Achtstundentag der Angestellten.

Genf, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Internationale Arbeitskonferenz hat am Mittwoch den Fragebogen über die Koalitionsfreiheit endgültig beerdigt. Da man sich in den einzelnen Sitzungen auch nicht entschließen konnte, zum ursprünglichen Entwurf des internationalen Arbeitsamtes zurückzukehren, war das Schicksal der Vorlage besiegelt. Infolgedessen wurden in der Vollsitzung nur noch zwei kurze Erklärungen der beiden Gruppen abgegeben. Jouhaux führte dabei aus, daß die Beratungen aus einem Entwurf über die Koalitionsfreiheit einen solchen über die individuelle Freiheit gemacht haben. In der folgenden Abstimmung wurde dann mit 66 gegen 28 Stimmen beschlossen, die Frage der Koalitionsfreiheit von der Tagesordnung der nächstjährigen Arbeitskonferenz abzusetzen.

Die Konferenz führte anschließend noch die Beratungen über die Entschließungen für den Achtstundentag der Angestellten zu Ende und nahm sie mit 66 gegen 24 Stimmen an.

Die Konferenz wird am Donnerstag ihre Beratungen beenden.

Weiteres Vordringen der chinesischen Nationalisten.

Beschießung eines japanischen Flüchtlingsdampfers.

London, 15. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Wie aus Schanghai gemeldet wird, hat Tschiangkaischek den Seehafen Haitschou, der sich bisher im Besitze des Generals Sun befand, erobert und auf seinem Vormarsch nunmehr die Provinz Schantung betreten. Der Einnahme Haitschous seien, wie die japanischen Meldungen feststellen, die üblichen Plünderungen der Stadt durch die Truppen des antinationalistischen Generals vorausgegangen. Eine Reutermeldung aus Schanghai besagt, daß die Nationalisten ein japanisches Flüchtlingsschiff beschossen und hierauf geplündert hätten. Der japanische Konsul in Schanghai habe darüber im Auswärtigen Amt der Nationalisten Beschwerde geführt.

Wie ferner verlautet, stehen die Verhandlungen zwischen dem nationalistischen General Tschiangkaischek und dem Nordgeneral Tschangtsolin, die durch Unterhändler geführt werden, kurz vor dem Abschluß. Tschangtsolin habe die Notwendigkeit eines Kompromisses mit den Nationalisten zugegeben, jedoch erklärt, unter keinen Umständen die Kuomintang-Flagge hissen oder seine Armee als Bestandteil der nationalistischen Armee erklären zu lassen.

Skuptschinawahlen am 11. September.

Belgrad, 16. Juni. (Eigener Funkbericht.)

Der König hat am Dienstag durch Dekret die Auflösung des Parlaments vollzogen und die Neuwahlen für die Skuptschina auf den 11. September festgesetzt.

Aus dem Reiche.

Rückkehr des Gesandten Köster nach Riga. Der deutsche Gesandte Dr. Köster ist von seinem Urlaub, den er in Frankreich verbracht hat, nach Riga zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen. Nach seiner Rückkehr stattete der deutsche Gesandte dem Außenminister Zeelens einen Besuch ab.

Oberprüfstelle für Schund und Schmutz. Der Reichsminister des Innern hat, wie den Blättern mitgeteilt wird, den Ministerialrat Dr. von Zahn mit der Leitung der Oberprüfstelle für Schund und Schmutz in Leipzig betraut.

Chamberlin und Levine vom Württembergischen Landtag begrüßt. Die beiden amerikanischen Flieger Chamberlin und Levine wurden am Mittwoch nachmittag nach ihrer Landung vom Württembergischen Landtag empfangen, wobei der Präsident eine längere Ansprache hielt. Anschließend fand eine Begrüßung durch den Oberbürgermeister im Rathaus statt.

Trauerkundgebung für Dr. Krausneck im Bayrischen Landtag. Aus Anlaß des Hinscheidens des bayrischen Finanzministers Dr. Krausneck trat der Landtag am Mittwoch vormittag zu einer Trauerkundgebung zusammen. Präsident Königsbauer würdigte in einer tief empfundenen, von den Abgeordneten stehend angehörten, Ansprache das Leben des Verstorbenen, dessen Wirken für Staat, Volk und Vaterland unvergeßlich in der Erinnerung fortleben werde.

Dr. von Deubek vorläufiger Leiter des bayrischen Finanzministeriums. Das bayrische Gesamtministerium hat bis zur Wiederbesetzung des Staatsministeriums der Finanzen den Staatsrat im Finanzministerium Dr. von Deubek mit der Leitung dieses Ministeriums betraut.

Bestrafung nationalistischer Messerhelden. In dem Landfriedensbruchprozeß gegen sieben Nationalsozialisten, die in der Nacht vom 15. zum 16. Januar 1927 in einer Augsburger Gastwirtschaft Reichsbannerleute überfallen hatten, wobei der Reichsbannermann Johann Ostermann durch einen Messerstich schwer verletzt wurde, fällte das Augsburger Schöffengericht nach 11½stündiger Verhandlung folgendes Urteil: Die angeklagten Nationalsozialisten Hahn, Lutz und Wagner werden wegen je dreier zusammenhängender Vergehen der gefährlichen Körperverletzung nach § 223a des Strafgesetzbuches zu je fünf Monaten Gefängnis, die Nationalsozialisten Albertin, Büchner und Lohmeier sowie Czeppa wegen der gleichen Straftat zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Angeklagten Hahn wird weiter wegen unerlaubter Führung einer Schlagwaffe eine Haftstrafe von fünf Tagen zuerkannt. Eine Bewährungsfrist wurde mit der Begründung, daß eine solche nur als Ermunterung zu neuen Taten dienen würde, keinem der Angeklagten zugebilligt. Die dem Kontoristen Lutz wegen eines früheren Vergehens anderer Art, das mit vier Monaten Gefängnis geahndet wurde, zuerkannte Bewährungsfrist wurde widerrufen. Außerdem haben die Angeklagten in gesamtverbindlicher Haftung dem verletzten Reichsbannermann Ostermann eine Buße im Betrage von 250 Mark zu zahlen. Sie haften gleichzeitig für die Gesamtkosten der aus dem Prozeß erwachsenen Kosten.

Kleine Auslandsnachrichten.

Für die Neuwahl zum Pariser Stadtrat, wo am vergangenen Sonntag der sozialistische Kandidat 4500 und der kommunistische Gegenkandidat, der ehemalige Hauptmann Sadoul 4000 Stimmen erhielten, hat sich eine Einigung mit den Sozialisten und Kommunisten ergeben. Der kommunistische Kandidat Sadoul tritt zugunsten des Sozialisten zurück.

Um das Selbstauflösungsrecht des polnischen Sejm. Auf der Tagesordnung der zum 20. Juni einberufenen ersten Sitzung der neuen Sejm-Tagung steht als erster Punkt ein Antrag der polnischen Sozialdemokraten auf Wiederverleihung des Selbstauflösungsrechts des Parlaments.

Keine Erschießung Janis. Die im Ausland verbreitete Meldung, daß der polnische Oberleutnant Janis erschossen worden sei, entspricht nicht der Wahrheit. Janis, der bei der Havarie der Präsine, auf der er transportiert wurde, eine schwere Kontusion erlitten hat, befindet sich im Krankenhaus in Minsk.

Freilassung eines verurteilten Kommunisten. Der Justizminister Barthou hat den verurteilten Anarchisten Girardin, der seit 24 Stunden den Hungerstreik ausübt, um die gewöhnlichen Vergünstigungen für die politischen Gefangenen zu erhalten, nämlich eine Strafverkürzung um ein Viertel der Gefängnisstrafe, am Mittwoch endlich aus der Haft entlassen.

Der russische Volkskommissar für Gesundheitspflege, Professor Dr. Tarassewitsch, ist auf dem Weißen Hirsch in Dresden, wo er zur Erholung weilte, angeblich bei dem Versuch, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, aus dem Fenster gestürzt und dabei tödlich verunglückt.

Wasserstand

16. Juni.

Ratibor	1,44	Kunsern (Unter-Pegel)	3,12
Neisse (Stadt) vom 15. 6.	—0,37	Oderfurth	2,41
Neissemündung (Unter-Pegel)	1,62	Abflußmenge sekundlich 169 cbm	
Brieg (Mastenkran)	2,80	Fürstenberg vom 14. 6.	1,48
Treschen	1,36	Wasserwärme + 18,0	

Aus aller Welt.

8 Jahre Gefängnis für Käthe Hagedorn.

Im Kindermord-Prozeß gegen Käthe Hagedorn wurde am Mittwoch abend nach ¾stündiger Beratung das Urteil gefällt. Die Angeklagte wurde unter Zubilligung mildernder Umstände wegen Sittlichkeitsverbrechen zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und wegen Totschlags in zwei Fällen zu je 5 Jahren Gefängnis, zusammengezogen in eine Gefängnisstrafe von 8 Jahren, verurteilt. Die 11½ Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Das Gericht folgte in seiner Urteilsfällung dem Antrage des Staatsanwalts, der ebenfalls der Angeklagten mildernde Umstände zubilligte, da ihr Intellekt und ihr Seelenleben unentwickelt gewesen seien.

Folgenschwerer Bruderstreit.

Drei Brüder aus Hagen gerieten in einer Wirtschaft in Streit, in dessen Verlauf der eine eine Pistole zog, seine beiden Brüder niederschoß und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf jagte. Die drei Brüder mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

Eifersuchtsdrama in einer Reichswehrkaserne.

Das „Berliner Tageblatt" meldet aus Weimar: Ein beurlaubter Soldat hatte nach seiner Rückkehr vom Urlaub erfahren, daß seine Geliebte Beziehungen zu einem Kameraden angeknüpft hatte. Er stellte diesen zur Rede und wurde zuletzt auch handgreiflich. Im Laufe des Streites wurde er von seinem Gegner mit einem Seitengewehr in den Unterleib gestochen und so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit starb. Der Täter wurde der Staatsanwaltschaft übergeben.

Zwei Berliner Maskenträger verhaftet.

Der Berliner Kriminalpolizei ist es innerhalb kurzer Zeit gelungen, den schweren Raubüberfall aufzuklären, der in der Nacht zum Pfingstsonntag in der Halleschen Straße zu Berlin verübt wurde. Damals überfielen Einbrecher das Ehepaar Schischla in der Wohnung. Die Einbrecher, die Masken trugen, verwundeten den Ehemann, der sich ihnen entgegenstellte, schwer durch fünf Dolchstiche in Kopf und Unterleib, während die Frau aus dem Fenster sprang und sich eine schwere Wirbelsäulenverstauchung zuzog. Als Täter, die bereits ein Geständnis abgelegt haben, wurden ein 19 Jahre alter Walter Schulz und ein 23 Jahre alter Erich Möller ermittelt und verhaftet. Beide sind Söhne ehrbarer Handwerker, haben sich in politischen Versammlungen kennen gelernt und bezeichnen sich als „Anarcho-Syndikalisten". Sie waren der Polizei nicht ganz unbekannt, da sie schon früher im Verdacht schwerer Untaten standen.

Tod in den Bergen.

Am Hochgern in den Chiemgauer Alpen kam ein Fräulein Münsterer, deren Heimat bisher unbekannt ist, beim Ueberqueren einer sehr abschüssigen Stelle ins Rutschen und stürzte etwa 100 Meter tief ab. Sie erlitt einen tödlichen Schädelbruch.

Ein zwölffacher Einbrecher verhaftet.

Wie die „Vossische Zeitung" erfährt, ist es der Kriminalpolizei gelungen, einen langgesuchten Berliner Einbrecher, dem mindestens zwölf Wohnungseinbrüche im Osten Berlins zuzuschreiben sind, zu verhaften. Es handelt sich um den 23jährigen Koch Rudolf Ziegler, der sich seit einigen Monaten wohnungslos in Berlin herumgetrieben hatte.

Wildschweinplage in Polen.

Die Wildschweinplage nimmt in Polen immer größeren Umfang an. Große Wildschweinherden verwüsten ganze Landstreifen. Anläßlich einer dieser Tage stattgefundenen Treibjagd, an der sich 23 Schützen und 200 Treiber beteiligten, wurden zahlreiche Eber erlegt. Einige Treiber wurden durch Angriffe der Eber erheblich verletzt.

Mittelholzer wieder in Zürich gelandet.

Der Schweizer Flieger Mittelholzer, der am Mittwoch morgen von Berlin mit 7 Passagieren den Rückflug angetreten hatte, ist bereits nachmittags um 2,15 Uhr in Zürich gelandet, ohne unterwegs eine Zwischenlandung vorzunehmen.

Eine neue Nachricht über Nungesser und Coli.

Aus Kanada kommt abermals eine nichtamtliche Meldung, daß Nungesser und Coli, die verschollenen transatlantischen Ozeanflieger, lebend aufgefunden worden seien. Die Nachricht soll aus Unter-Kanada, Provinz Quebec, durch Vermittelung eines Beamten nach Quebec gelangt sein.

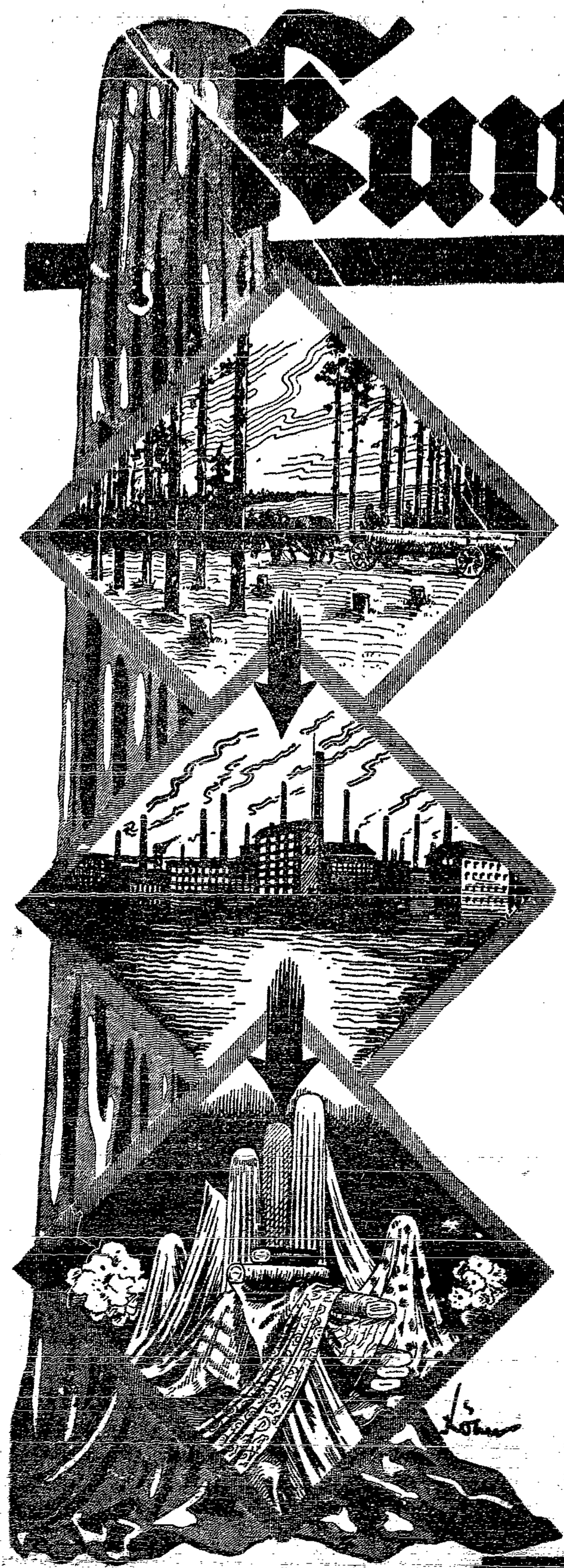
12 Opfer eines Mörders.

Ein großes Aufgebot von Polizei verfolgt einen Lustmörder, der am Montag aus Winnipeg verschwand, nachdem er eine Frau und ein junges Mädchen in brutalster Weise ermordet hatte. Die Gesamtzahl der von ihm ermordeten Opfer, einschließlich eines 18 Monate alten Kindes beträgt jetzt 22.

Flug über das Eismeer vor dreißig Jahren.

Der Zufall will es, daß in diesen Tagen der Amerikaflüge gerade dreißig Jahre verflossen sind, seitdem zum ersten Male auf dem Luftwege ein Meer bezwungen werden sollte. Allerdings war es nicht der Atlantische Ozean und war es nicht eine zivilisierte Welt, die als Ziel damals lockte, sondern das nördliche Eismeer und der Nordpol. Am 11. Juni 1897 stieg der schwedische Ingenieur Gustav Andree, begleitet von zwei jungen schwedischen Wissenschaftlern, Fränkel und Strindberg, von der Dänemarkinsel bei Spitzbergen mit einem Freiballon auf, um den Nordpol zu überfliegen und über ihn hinweg in Alaska niederzugehen. Das war derselbe Weg, den im Vorjahre, also nach 29 Jahren, Roald Amundsen wirklich bewältigte. Andrees „Flugzeug" war ein Kugelballon, dem er aber durch eine sinnreiche Anbringung von verschiedenen Schleppseilen eine Art Lenkbarkeit gegeben hatte, oder zum mindesten geben wollte, denn von einem Funktionieren dieser Lenkvorrichtung ist nichts bekannt geworden. Niemand weiß, welchen Weg Andree geflogen ist, niemand weiß, wieweit es ihm gelungen war, diesen Weg zu beeinflussen, niemand weiß, wo und unter welchen Umständen Andree schließlich gelandet ist, denn die Expedition verschwand über dem nördlichen Eismeer und wurde niemals wiedergesehen. Die von Andree vom Ballon aus aufgelassenen Brieftauben gaben Bescheid, daß der Ballon am 11., 12. und 13. Juni nordwärts flog, die letzte Brieftaube, vom 13. Juni, brachte die Notiz mit, daß der 82. Breitengrad erreicht sei — das war das letzte Lebenszeichen der drei kühnen Flieger. Man hat keine Spur mehr von ihnen gefunden, bis im Jahre 1925 dem dänischen Polarforscher Knud Rasmussen von Alaska-Eskimos erzählt wurde, daß ihre Väter eine riesige gelbe Halbkugel, die beim Näherkommen zusammenfiel, irgendwo in den nördlichsten Eisgegenden Alaskas vor langen, langen Jahren auf der Jagd gesehen hätten. Andere Eskimos wollten sogar wissen, daß bei dieser Halbkugel weiße Männer gewesen seien, mit denen man in Streit geraten sei und die schließlich umgekommen seien — ob im Streit oder durch Entkräftung, ging aus den primitiv kindlichen Erzählungen der Eskimos nicht hervor. Jedenfalls meint Rasmussen, daß die Erzählungen der Eskimos soweit einen realen Grund haben, als sie von dem Auffinden eines Ballons durch die vorige Generation — das kann also gut vor dreißig Jahren gewesen sein — berichteten. Aber selbst wenn man annimmt, daß der Andreesche Ballon Alaska erreichte, so ist damit noch nicht gesagt, daß er über den Nordpol geflogen ist, ein Nordwestwind kann ihn leicht südlich vom Nordpol vorbei auf Alaska zugetrieben haben.

Kunstseide



vom Rohprodukt bis zum Fertigfabrikat rein deutsches Erzeugnis

In prächtiger Sonder-Ausstellung im Teppichsaal, sowie sehenswerter Dekoration im Lichthof und in den Schaufenstern unseres Hauses zeigen wir

ab Donnerstag, den 16. Juni d. J.

die einzelnen Phasen des Werdeganges dieses volkswirtschaftlich bedeutenden Produktes deutschen Fleißes und deutschen Forschens / In den betreffenden Abteilungen Verkauf aus Kunstseide hergestellter Stoffe und konfektionierter Artikel zu besonders vorteilhaften Preisen!

Trikot
für Schlüpfer und Unterkleider, 140 cm breit, gestreift 4.95, 3.65 glatt . . . . . 4.50 — **2.45**

Stoffe
für Kleider und Blusen in effektvollen Ausmusterungen 3.95, 2.25 — **95 Pf.**

Damassé
für Futterzwecke . . . . . 2.75 — **1.95**

Mantelstoffe
in Ottomane u. gemust. 8.75, 6.75 — **4.75**

Damenmäntel
schwarz und farbig, in fescher Verarbeitung . . . . 69.—, 34.— — **19.75**

Damenkleider
flotte Sommerfassons 19.75, 9.75 — **5.90**

Kinderkleider
niedliche Verarbeitung, Größe 45 . . . . . 6.25, 3.95 — **3.15**

Hütchen und Kappen
für Kinder, in netten Formen. . . . . 2.95, 1.95 — **1.45**

Damen-Lumberjacks
plattiert, mit Kragen, weißgrundig . . . . . — **3.95**

Damenwesten
ohne Arm . . . . . — **6.75**

Damen-Lumberjacks
mit Kragen, feinfarbig gemustert . . . . . 17.50, 10.75 — **9.75**

Damen-Lumberjacks
ganz ep. Neuheit. 26.50, 23.50 — **19.75**

Strickkostüme
sperte Ausführung 45.—, 29.75 — **19.75**

Unterkleider
fehlerfreie, waschfeste Gewebe. . . . . 5.50, 4.50 — **2.50**

Unterkleider gestreift
maschenfeste Ware. . 6.50, 5.50 — **4.25**

Schlüpfer
solide, waschfeste Qual. 3.95, 2.50 — **1.65**

Hemdhosen
aus pa. maschenfester gestreifter Ware, mit Garnitur . . . 6.75 — **5.75**

Damenstrümpfe
waschbare Kunstseide, mit Naht, Doppelsohle, Hochferse . . 1.25 — **95 Pf.**

Damenstrümpfe
künstliche Waschseide, neueste Farbtönungen . . . . . 2.25, 1.75 — **1.35**

Damenstrümpfe
Spezialmarke „Lore", letzte Modefarben . . . . . — **2.75**

Damenstrümpfe
Bemberg-Waschseide, Goldstempel . . . . . 3.75 — **3.45**

Taffetband
in vielen Farben, je nach Breite . . . . . 38, 20, 12 — **5 Pf.**

Stickgarn
in Strähnchen von 2 Gramm . . — **7 Pf.**

Stickgarn
in Zugen von 50 Gramm, ombré 90 Pf., einfarbig . . . . — **80 Pf.**

Frottégarn
in Zugen von 50 Gramm ombré 1.10, einfarbig . . . . — **90 Pf.**

LINDEMANN & CO A.G.

DAS HAUS DER VERTRAUENSQUALITÄTEN

BRESLAU • OHLAUERSTRASSE 71–73

Für die Redaktion verantwortlich: Reinhold Zerl; für die Anzeigen: Max Zelas. — Redaktion: Gräbschener Straße 8. — Hauptexpedition: Kurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. Juni.

Unsere Parteiversammlung.

Der gute Verlauf des Kieler Parteitages färbte auch auf die Versammlung ab, in der gestern die Breslauer Delegierten Winzer, Frey und Dr. Eckstein ihren Bericht erstatteten. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war gut besetzt. Genosse Winzer besprach den Bericht des Parteivorstandes und das Schicksal der hierzu gestellten Breslauer Anträge. Der Antrag bezüglich der Altersgrenze zwischen Arbeiterjugend und Jungsozialisten hat durch Annahme eines anderen Antrages seine Erledigung gefunden. Die Altersgrenze für die Arbeiterjugend ist bei 20 Jahren; von 18 Jahren ab sollen die jungen Genossen und Genossinnen politisch organisiert sein. Die Altersgrenze für die Zugehörigkeit zu den Jungsozialisten ist mit 25 Jahren erreicht. Der Breslauer Antrag auf Nachprüfung der Ausschlüsse von Rußlandfahrern aus der Partei ist abgelehnt worden. Es ist niemand wegen einer Rußlandfahrt ausgeschlossen, wohl aber wegen parteischädigender Agitation. Der Breslauer Antrag, wonach die Parteipresse über die Abstimmungsergebnisse in den Parlamenten ziffernmäßig zu berichten habe, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Genossen auf die jeweilige Presse ihres Ortes in diesem Sinne einwirken könnten.

Genosse Frey besprach dann ausführlich das wuchtige Referat von Hilferding und seine glänzende Art, die marxistische Methode auf die seit Marx vollkommen veränderte Wirtschaftslage anzuwenden. Genosse Frey rief allen jungen Genossen, sich der neuen Probleme mit Eifer anzunehmen, sich dabei aber nicht an Formeln aus der frühkapitalistischen Zeit zu klammern, die auf die heutigen Verhältnisse nicht mehr passen. Mit Hilferding legte er zugleich ein entschiedenes Bekenntnis zur Demokratie und zum Reichsbanner ab. Mit dem Stimmzettel entscheiden wir über die Preise und indirekt zugleich über die Löhne.

Genosse Dr. Eckstein besprach den Bericht der Reichstagsfraktion, den auf dem Parteitage Robert Schmidt gegeben. Der Breslauer Antrag, der sich gegen die Verabschiedung der Strafgesetzreform durch den gegenwärtigen Reichstag wendet, ist angenommen worden. Dagegen hat es der Parteitag abgelehnt, für Max Hölz einzutreten. Der Redner gibt dann seiner Meinung insofern Ausdruck, als sie von den Ansichten der Genossen Frey und Hilferding abweichen. Genosse Eckstein will nicht in die Opposition, wenn er muß, sondern in die Koalition, wenn er muß. Ein kleiner Unterschied, denn der Mußzustand für Opposition oder Koalition ergibt sich aus Zeit und Umständen. Auch sonst waren seine Abweichungen nicht gerade beträchtlich. Vor allem glaubt er nicht an die Dauerhaftigkeit der Preußenkoalition. Zum Schlusse sagte er: Die Not zwingt uns zum Kampfe und zur Einigkeit untereinander. Einig sind wir in den Grundfragen und die Not wird uns auch zur Einigkeit in den Fragen der Taktik führen.

In der Aussprache begrüßte Genosse Gabriel das Bekenntnis des Parteitages zur weltlichen Schule. Er erwartet, daß die Landtagsfraktion jedes Konkordat ablehnt.

Genosse Liebs: Der Parteitag hat nicht bloß in unseren Reihen, sondern bei der ganzen Arbeiterschaft große Beachtung gefunden. Selbst das, was Genosse Eckstein vorbrachte, waren nur einzelne Einschränkungen, aber keine Opposition. So können wir auch nach außen einig auftreten, und das wird uns vorwärts bringen.

Genosse Walter Müller bedauert, daß der Parteitag nicht für Hölz Stellung genommen hat. Auch hätten die Vorgänge in China und der englisch-russische Konflikt besprochen werden sollen.

Genosse Karl Pietsch: Wir sind im Ziel einig, warum sollen wir da in bezug auf die Taktik verschiedener Meinung sein. 1919 und 1920 war ich ein entschiedener Gegner der Koalition. Unsere Beteiligung hat nicht uns, sondern nur den Kommunisten genutzt. Heut aber liegen die Dinge anders, und die jeweilige Entscheidung muß von dem Gesichtspunkt des Nutzens für die Arbeiterklasse bestimmt sein. Der Redner bedauert, daß der Parteitag nicht die Preußenfraktion von vornherein zur Ablehnung eines Konkordats verpflichtet hat.

Genosse Dr. Hamburger: Die Verhandlungen des Parteitages standen auf einem sehr hohen Niveau und so auch die heutige Versammlung. Da zeigt sich, wie bei einer klaren Aussprache die persönliche Schärfe verstummt. Jede Situation wird ausgeprobt, die Opposition wie die Koalition, und die Erfahrungen werden unsere fernere Taktik bestimmen. Jedenfalls ist heute kein Mensch im Reiche, der vor neuen Reichstagswahlen an eine Koalition denkt. Bei Hölz ist heut noch nicht geklärt, ob die Selbstbezichtigung eines anderen nicht nur zu politischen Zwecken erfolgt ist, deshalb konnte der Parteitag keine Stellung nehmen. Die Konkordatsfrage sollten wir heut zurückstellen und ihr einmal einen besonderen Vortrag widmen.

Genosse Ziegler: Es ist wichtig, daß wir von einander glauben, daß jeder den besten Willen hat, unserer Sache zu dienen. Meinungskampf brauchen wir, er darf aber nicht zu persönlicher Verunglimpfung führen. Bisher haben wir mit der Koalition keinen Erfolg gehabt. Wir gehen nur dann in sie hinein, wenn uns größerer Einfluß eingeräumt wird. In rastlosem und ununterbrochenem Kampfe werden wir den Sieg erringen.

Genosse Dr. Lewy wendet sich gegen den Vorwurf der Parteischädigung, der gegen die Jungsozialisten erhoben worden ist. Es lag dazu gar kein Anlaß vor. Die Koalitionsfrage wird zum guten Teil davon abhängen, ob wir einen wirtschaftlichen Aufschwung oder weiteren Niedergang erleben.

Die Berichterstatter verzichten auf das Schlußwort. Folgende Entschließungen wurden angenommen:

I.

Die Mitgliederversammlung der Breslauer SPD. ersucht den Hauptvorstand in Berlin, die Reichstagsmitglieder der Partei noch einmal dahin zu instruieren, daß sie bei Beratung des Reichsschulgesetzes vor allem darauf zu achten haben, daß 1. die Macht der Kirche in der Schule so viel als möglich zurückgehalten werde, 2. daß die weltliche Schule auf jeden Fall der Konfessionsschule gleichgestellt werde, 3. daß in dem Reichsschulgesetz Sorge dafür getragen wird, daß für die weltlichen Schulen ein Lehreraustausch im ganzen Reiche zum Ausbau dieser Schulen und zum Schutze weltlicher Lehrer ermöglicht wird.

II.

Die Mitgliederversammlung der Breslauer SPD. ersucht die Landtagsfraktion, jedes Konkordat mit der katholischen Kirche abzulehnen. Die wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche ist eine innerpolitische Angelegenheit des preußischen Staates, die nur durch ein Landesgesetz — nicht durch ein Konkordat — zu regeln ist.

III.

Die Mitgliederversammlung der Breslauer SPD. ersucht den Hauptvorstand in Berlin, sobald als möglich gegen die Entlassung des Lehrers Blum an der weltlichen Schule in Rottshausen beim Minister Becker zu protestieren.

Lehrer Blum ist entlassen worden, weil er wegen Gotteslästerung gerichtlich mit 200 Mark bestraft worden ist.

Im Interesse der Geistesfreiheit und zum Schutze der Andersdenkenden wird die Beseitigung des § 166 D. R. Str. G. von neuem gefordert.

Eröffnung der „Schlesischen Wertschau".

Sonnabend, den 18. Juni, mittags 12 Uhr, wird die „Schlesische Wertschau 1927" (Textilkunst-Ausstellung und Schlesische Kunstausstellung) im Ausstellungsgebäude Scheitnig in Anwesenheit der Vertreter der Behörden, der Kunstanstalten und der beteiligten Verbände feierlich eröffnet. Für die Stadt Breslau wird Oberbürgermeister Dr. Wagner, für die Textilkunst-Ausstellung Museumsdirektor Professor Dr. Seger, für die Schlesische Kunstausstellung Professor v. Gosen sprechen. Die Ausstellung wird sodann dem öffentlichen Besuche freigegeben. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf., für Kinder, Schüler, Studenten und Kunststudierende 30 Pf. Dieser Preis gilt auch für die Mitglieder von Vereinen, die geschlossen die Ausstellung besichtigen. Dauerkarten werden nicht ausgegeben.

Eltern, Genossen im Strehlener Tor!

Dienstag, den 21. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Jugend-Baracke an den Teichäckern eine Elternversammlung der Arbeiter-Kinderfreunde statt, in der die Lehrerin für alkoholfreie Jugenderziehung, Fräulein Naschke, über das Thema: „Die Wirkungen des Alkohols auf die Zeugung und Nachkommenschaft" sprechen wird. Eltern, es ist ein furchtbar ernster Stoff, der für die Lebensinteressen der Arbeiterschaft von wichtiger Bedeutung ist. Sind nicht die Wirkungen des Alkohols entscheidend für die geistige und körperliche Entwickelung unserer Kinder? Zeigt durch zahlreichen Besuch, daß es euch ernst um das gesundheitliche Wohl unserer Kinder ist! Bleibe niemand zu Hause!

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Breslau

Am 17. Juni, 20 Uhr, in der Aula der Viktoriaschule, Blücherstr. 9/13

Gedenkstunde für Giacomo Matteotti und die Opfer des Faschismus

Redner: Genosse Rolf Reventlow,
Vertreter des Ital. Soz. Jugendverbandes
in der Soz. Jugend-Internationale

Interessante Häuser am Ring und Neumarkt.

Am Ring stehen heute noch einzelne mittelalterliche Bürgerhäuser, die durch mehr oder minder gut erhaltene Fassaden, Hofansichten, Flurhallen, Türeinfassungen, Keller- und Erdgeschoßwölbungen uns ein plastisches Bild von den Wohnverhältnissen der mittelalterlichen Handelsherren, die sich hier niedergelassen hatten, vermitteln. So hatte das Grundstück Ring 39 eine sehr schöne Flurhalle aufzuweisen, überwölbt mit reichem Netzgewölbe und Steinrippen. Leider mußte das Haus 1905 einem Neubau weichen. Ein sehr gut erhaltenes Breslauer Patrizierhaus größten Stils ist das sogenannte Greifenhaus Ring 2, nicht weit von der Ecke der Nikolaistraße. Das Haus erwuchs 1587 aus einem vorhandenen mittelalterlichen Bau und hat einen beispiellos hohen Giebel, der dadurch so überaus charakteristisch wirkt, daß in seine Umrißlinien Greife eingeformt sind, die teils flach herausmodelliert, teils aufgemalt sind. Sehenswert ist auch das Portal, wie überhaupt der ganze Bau den Stempel eines künstlerischen Geistes trägt, der von dem damaligen Breslauer Stadtbaumeister Friedrich Groß ausgeht. Wer dieses Haus einmal besonders in Augenschein nehmen will, versäume auch nicht, sich die Flurhalle und den Hof anzusehen. Die Flurhalle galt in allen Handelshäusern der damaligen Zeit als der wichtigste Teil des Hauses. Sie war nicht zum Einfahren mit beladenen Fuhrwerken bestimmt, die Frachtwagen hielten vielmehr vor dem Hause. In der Flurhalle wurden die Waren bei ihrem Aus- und Eingang gewogen, zu welchem Zwecke an einem starken Querbalken die große Wage hing. Nach dem Abwiegen verstaute man dann die Waren in den Kellern oder Hinterräumen, oder zog sie mit Strickwinden nach oben nach den Speicherräumen im Dachwerk. Solche alte Wagebalken im Hausflur sehen wir noch heute in den Grundstücken Ring 5 und Albrechtstraße 56.

Das Haus Ring 3 wirkt zwar nicht ganz so schön wie das Greifenhaus, ist aber auch fast im gleichen Stile errichtet. Eine sehr edel durchgebildete Flurhalle bietet das Grundstück Ring 19, dicht an der Dorotheengasse. Der Deckenstuck des Hausflurs ist wirklich sehenswert, zumal er seit kurzem auch neu getüncht wurde. Freilich ist durch das wiederholte Uebertünchen im Laufe einer langen Zeit manches Feine verwischt worden. Ursprünglich hat man jedenfalls auf die künstlerische reliefartige Ausarbeitung gerade dieser Fluhallendecke viel Sorgfalt verwendet.

So sahen also die großzügigen Häuser der Patrizier am Ringe aus, die zwar zum Teil in der Fassadengestaltung geändert wurden, aber ihr inneres Wesen bis zum heutigen Tage erhalten haben. Gegenüber diesen großzügigen Bauten treten natürlich die an Zahl überwiegenden Häuser in den kleineren Straßen, wo die Handwerker und Kleinbürger hausten, an Bedeutung und in den Abmessungen stark zurück. Ein schmales Häuschen dieser Art ist das Haus am Neumarkt Nr. 39, das knapp fünf Meter breit ist. Da für zwei Gewölbe nebeneinander kein Platz ist, sind sie hintereinander angeordnet, wobei allerdings der hintere Teil, der jetzt durch Wände abgetrennt ist, nur wenig Licht erhält.

Die vordere Halle diente offenbar dem geschäftlichen und handwerklichen Leben der Hausinsassen. In der Mitte der vorderen Halle vor der Treppe angelegt. Dahinter nach dem Hofe liegt rechts ein überwölbter Raum, der als Geschäftsraum, Werkstatt oder Lagerraum gedient haben mag, während links davon ein Durchgang zum Hofe führt. In den Oberstöcken entbehrt der mittlere Raum bei der Treppe, der die Küche bildete, des Tageslichtes. Nach vorn und hinten liegen Zimmer. Es ist ohne weiteres klar, daß ein solches Haus in keiner Weise den Bedingungen entsprach, die wir heute an ein modernes Wohngebäude zu stellen gewöhnt sind.

Auch auf dem Blücherplatz stehen noch einige Häuser mittelalterlicher Herkunft mit schöner Giebelstaffelung. Nicht unerwähnt sollen einige alte Häuser in der Malergasse bleiben, die zu den sogenannten „alten Fleischbänken" zählen. Die „Bänke" waren ursprünglich nur Verkaufsräume, später wurden sie mit Wohnungen ihrer Inhaber verbunden. Noch heute wird dort, wie vor Jahrhunderten, mit Fleisch gehandelt und die Anordnung der Verkaufsstätten besteht noch in alter Art.

Neben der Haustür befindet sich eine breite Fensteröffnung, die durch eine Holzklappe verschlossen werden kann. Dieser Holzladen dient, heruntergeklappt und durch Beine abgestützt, als Ladentisch. In dem inneren Verkaufsraum befindet sich eine steile Trepe, nach der Straßenfront liegt die Räucherkammer. Jedes dieser Häuschen wurde ehedem von einer Familie bewohnt. Jetzt sind mehrfach zwei Häuser zusammengezogen und bieten in jedem Stockwerk neben der Treppe drei einfenstrige Gelasse. Originell ist die Anbringung der Räucherschornsteine in der Traufenfront auf Vorkragung.

Wer sich weiterhin für altertümliche Breslauer Häuser interessiert, sehe sich auch einmal am Ritterplatz um.

Wohin am Sonntag?

Eine lohnende Wanderung bietet sich uns an den waldigen Ufern der Weistritz von Deutsch-Lissa nach Schalkau in zirka drei Stunden. Im nachfolgenden sei hier die Tour mit Bahnfahrt beschrieben, um auch die in ein schönes Stückchen schlesischer Erde hinauszuführen, die nicht so marschfähig sind.

Wir lösen eine Sonntagsfahrkarte nach Deutsch-Lissa für 70 Pfennig, die auch zur Rückfahrt von Schmolz berechtigt. Wir besteigen den Zug Hauptbahnhof 6,04, 7,47 oder 11,38 Uhr, vom Freiburger Bahnhof 9,23 Uhr. In Deutsch-Lissa überschreiten wir hinter dem Bahnhof die Gleise und gehen den Fußweg, der hinter dem Keramischen Werk nach links abbiegt und schon wandern wir unter Eichen und an wogenden Getreidefeldern vorbei nach Rathen. Durch das freundliche Dorf gehend, haben wir rechts die Häuser, links die Weistritz, bald trennen uns auch linker Hand die Häuser von dem Fluß. Am Transformatorenturm biegt der Weg links ab und führt an Obstgärten vorüber. Dann wechseln Viehweiden, Wald und Wiesen zu beiden Seiten ab. Von unserem Wege aus erblicken wir die Häuser von Arnoldsmühl, wohin uns auch eine scharfe Wegbiegung über die Brücke führt. Links ist das Gut, rechts die Arnoldsmühle, noch ein Stück Dorfstraße, dann gehen wir rechts abbiegend, die Birnenallee nach Romberg. Diese verfolgen wir, bis uns eine kurze Ahornallee rechts abbiegend hinunter in das im Grünen versteckte Schillermühle führt. Wir überschreiten die beiden Brücken und betreten hinter der letzten Brücke nach links den schmalen Waldweg. Nun wandern wir im dichten, hohen Laub- und Nadelwald dahin, uns immer gut links auf dem Wege haltend, bis wir, aus dem Walde tretend, auf der Straße von Groß-Sohlau stehen. Uns nun scharf links wendend, gelangen wir, über zwei Brücken, nach Romberg. Am Schloß vorbei, hinter der großen Scheune des Gutes, nimmt uns nach rechts eine Kirschallee auf, und schon grüßt der Kirchturm von Schalkau herüber. Am Anfang des Dorfes treten wir durch ein invalides Lattentor in den Schalkauer Park. Der Weg führt uns zur Weistritz und an dieser entlang gelangen wir schließlich in den erhöhten Restaurationsgarten, durch diesen kommen wir auf die Straße und nun geradeaus auf die Chaussee nach Breslau. Nach Schmolz biegen wir den Feldweg gleich hinter Kommelwitz rechts ab und gelangen an das Endziel unserer Wanderung. Von hier bringt uns die Bahn um 19 Uhr nach Breslau zurück.

Wem diese bequeme Tour nicht genügt, der gehe vom Striegauer Platz, die Striegauer Straße an Klein-Mochbern vorbei, über Maria-Höfchen, Neukirch, Kaltasche, Herrmannsdorf nach Rathen in 2½ bis 3 Stunden, ein schöner, lohnender Marsch an wogenden Getreidefeldern und üppigen Wiesen vorbei, sanfte Bodenwellen gestalten das Gelände abwechslungsreich. Zurück von Schalkau bleibt uns die Chaussee nach Breslau über Kammelwitz, Criptau, Groß-Mochbern.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Breslau, e. V.

Wander-Auskunftsstelle: Gewerkschaftshaus. Jeden Donnerstag von 7—8 Uhr, Restaurant.

Impfung von kranken Bäumen.

Die städtische Gartenverwaltung schreibt:

Seit etwa drei Jahren wird unter den Ulmenbeständen Breslaus ein immer mehr um sich greifendes Zurückgehen der Kronen und gänzliches Absterben der Bäume beobachtet. Von der hiesigen Gartenverwaltung sind schon verschiedene Abhilfsmittel, wie durchgreifendes Bewässern, Auswechseln des Bodens und tiefes Umarbeiten der Erdkoffer, Rückschnitt der Krone, vorgenommen worden.

Nach dem gegenwärtigen Befunde der Bäume zu schließen, ist auch in Breslau die Seuche aufgetreten, die in Holland, West- und Norddeutschland schon als das große Ulmensterben leider nur zu bekannt geworden ist. Die Wissenschaft hat begonnen, sich mit dieser rätselhaften Erscheinung zu befassen. Es ist aber noch nicht gelungen, den Urheber dieses Absterbens zu finden.

Um dem weiteren Umsichgreifen dieser verheerenden Krankheit zu steuern, muß alles versucht werden. So hatten die Garten- und die Friedhofsverwaltung den Gartenarchitekten W. Ilisch aus Quakenbrück in Hannover im Frühjahr kommen lassen, der sich mit der Bekämpfung der Krankheit seit Jahren beschäftigt, in anderen Städten bereits Erfolge zu verzeichnen hat, und vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten unterstützt wird. Daraus ist zu ersehen, daß dieser Angelegenheit auch in Regierungskreisen die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es handelt sich bei seiner Methode um eine Impfung der Stämme, die die Säfte so beeinflussen soll, daß Heilung eintritt. In den letzten Tagen sind solche Impfungen an den Rüstern in der Galle-, Stein-, Zobten-, Kloster-, Ofener Straße, im Eichenpark und auf dem städtischen Friedhof Cosel ausgeführt worden.

Wir wollen hoffen, daß damit der Anfang zu einer erfolgreichen Bekämpfung des Uebels gefunden ist, da sonst der gesamte Ulmenbestand Breslaus ebenfalls stark gefährdet wäre, insbesondere auch deshalb, weil nach den neuesten Feststellungen an anderen Orten die Krankheit noch andere Bäume, wie Ahorne und Linden zu befallen scheint.

Original Kieler Knabenanzüge.

Anfang Mai veröffentlichten wir einen Artikel über die Jung-Seewehr-Breslau. Die Republikanische Beschwerdestelle in Berlin ist den Dingen weiter nachgegangen, und hat von der Breslauer Oberstaatsanwaltschaft und dem Polizeipräsidenten folgenden Bescheid erhalten:

Der Oberstaatsanwalt
beim Landgericht.
27 a J. 491/27 Breslau, den 4. Juni 1927.
2

Auf die Anzeige vom 6. Mai 1927 gegen den Kapitänleutnant z. S. a. D. Müller in Breslau als Leiter der „Jung-Seewehr" wegen Uebertretung des § 360 Ziffer 8 Str.G.B.:

Ich habe das Verfahren eingestellt. Die angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß der bei festlichen Gelegenheiten (Familienabenden, Vereinsfesten und Begräbnissen) von einem Teil der Mitglieder der „Jung-Seewehr" Breslau getragene Anzug als Uniform im Sinne des § 360 Ziffer 8 Str.G.B. nicht angesehen werden kann, weil durch das Fehlen der Nationale und durch die deutliche Aufschrift: „Jung-Seewehr-Breslau" auf dem Mützenband der Mütze eine Verwechselung mit einer Matrosenmütze unmöglich ist. Im übrigen entspricht der Anzug den Original Kieler Knabenanzügen, wie man ihn in jedem Bekleidungsgeschäft als Kleidungsstück für Kinder und Knaben zu kaufen bekommt. Die Erhebung der öffentlichen Klage verspricht deshalb keinen Erfolg. Unterschrift.

Der Polizeipräsident.
Landeskriminalpolizeistelle. Breslau, den 6. Mai 1927.

Auf das gefl. Schreiben vom 6. Mai betr. Jung-Seewehr-Breslau, erwidere ich ergebenst, daß der Artikel „Die Jung-Seewehr Breslau" aus der Volkswacht vom 4. Mai 27, Nr. 103, hier ebenfalls vorliegt. Die Jung-Seewehr ist die Jugendgruppe des Marinevereins „Graf Luckner e. V." Breslau. Der Marine-Verein und seine Jugendgruppe betätigen sich hier in ähnlicher Weise wie die Kriegervereine. Der Vorsitzende, Kapitänleutnant d. R. a. D. Franz Müller ist Landschaftsoberstleutnant in Breslau. Die bisherigen Beobachtungen haben zu einem strafrechtlichen oder polizeilichen Vorgehen gegen den

Verein oder gegen einzelne Mitglieder desselben keine Unterlagen bisher gegeben. Eine Betätigung in staatsfeindlichem Sinne außerhalb des durch die Verfassung gegebenen Rahmens ist, soweit bestimmte Fälle in Frage kommen, bisher nicht festgestellt. Ich bin der Ansicht, daß es zu weit ginge, die Mitglieder in ihrer Gesamtheit als „republikfeindlich“ anzusprechen. Bei Beantwortung der infolge des bekannten Erlasses des Reichswehrministeriums hier eingehenden Anträge auf Erteilung eines Zeugnisses über politische Zuverlässigkeit wird in jedem einzelnen Falle die Führung und Einstellung nachgeprüft und das Ergebnis demjenigen Truppenteil übermittelt, der für die Einstellung in Frage kommt. gez. Kleibömer.

Also wird den „Helden“ der „Breslauer Jung-Seewehr“ vom Staatsanwalt wenigstens bescheinigt, was sie sind: Kinder in Original Kieler Knabenanzügen. Daß aber gerade solche Kinder als Werkzeuge gewisser Leute gefährlich werden können, hat doch die Vergangenheit schon genügend gezeigt.

Die Sportveranstaltungen auf dem Johannisfestplatz.

Im Mittelpunkt des Breslauer Johannisfestes 1927 werden die Leibesübungen stehen, deren Propagierung sich die Johannisfestleitung zur besonderen Aufgabe gemacht hat. Der Sport ist heute von einem Volksfest nicht mehr zu trennen, und er stellt einen seiner wesentlichen Bestandteile dar. Bereits am Eröffnungstage findet im Rahmen des Oberschlesier-Tages ein Fußball-Städtewettkampf Breslau—Gleiwitz statt, der das letzte größere Fußball-Ereignis dieser Saison darstellt. Die weiteren Tage bringen Jugend-Fußballspiele, Boxkämpfe, Gymnastik, Staffelläufe, Ringkämpfe, Faust- und Handballspiele, Radspiele. Auf die einzelnen Veranstaltungen kommen wir noch zurück.

---

* **Das größte Ehepaar der Welt**, das sich auf dem Johannisfest zeigt, stattete heute vormittag unserer Redaktion einen Besuch ab, das Ehepaar von Droysen, er, 27 Jahre alt und 253 Zentimeter groß, 360 Pfund schwer, Schuhgröße 63, aber mit der maßvollen Hutweite von 65 Zentimetern, die Ehefrau, schlank wie er, 228 Zentimeter groß, 24 Jahre alt, 329 Pfund schwer. Einen Kontrast bringen sie gleich mit, Marga. Sie ist 25 Jahre alt und einen Meter hoch. Der große Ehemann stammt aus Emden in Ostfriesland, die Frau aus Berlin. Die Eltern beider waren von normalem Wuchs. Dagegen war der Großvater des Riesen noch um drei Zentimeter größer.

* **Die Breslauer Spielgemeinschaft** unter Leitung von Ernst Leo wird bei dem Sommerfest der Breslauer Volksbühne am 18. Juni — nach dem bei Eintritt der Dunkelheit beginnenden Feuerwerk — vor dem Musik-Pavillon zwei Spiele von Hans Sachs, und zwar das Spiel „Die wunderlichen Männer geschlacht zu machen“ und „Das Kälberbrüten“ zur Darstellung bringen. — Eintrittskarten zum Fest der Volksbühne für Mitglieder zum Preise von 50 Pf., für Nichtmitglieder zum Preise von 1,00 Mark (Kinderzahlen die Hälfte; unter sechs Jahren frei) sind in der Geschäftsstelle der Volksbühne, Albrechtstraße 32, und bei der Konzertdirektion Hainauer erhältlich.

* **Der Verein des Breslauer Einzelhandels** teilt mit: Auf Grund vielfacher Anfragen machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die Saison-Ausverkäufe in der Zeit vom 24. Juni bis 22. Juli stattfinden dürfen. Innerhalb dieser Zeit ist es erlaubt, zwei Wochen = 12 Werktage einen Ausverkauf vorzunehmen.

* **Ein Bienenschwarm am Blücherplatz.** Die Feuerwehr wurde am Mittwoch, gegen Mittag, zu einer ganz seltenen und manchmal auch gefährlichen Arbeit nach dem Blücherplatz alarmiert, um einen großen Bienenschwarm einzufangen, der das Häuschen an der Normaluhr teils besetzte, teils in dichten Scharen umflog. Zu diesem Zwecke wurde ein Schwarmkasten aufgestellt, der eigens für diesen Zweck bestimmt ist. Doch es bedurfte noch längerer Zeit, bis sich das Bienenvolk, um den Kasten schwärmend, entschloß, durch die vorhandenen Fluglöcher hineinzukriechen und so der Feuerwehr erlaubte ihren Rückzug anzutreten. Naturgemäß hatte dieses in der Stadt sehr seltene Schauspiel eine große Menschenmenge angelockt, die der Arbeit der Feuerwehr zusahen und immer wieder von Polizeimannschaften zurückgedrängt werden mußten.

1. Ziehungstag Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Wie uns die Lotteriebank Arndt, Breslau 5, Eckhaus Tauentzienplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: **10 000 Mark** auf Nr. 82 151; **3000 Mark** auf Nr. 85 015, 194 071; **2000 Mark** auf Nr. 172 064, 217 510, 224 659; **1000 Mark** auf Nr. 65 414, 95 249, 118 591, 127 769, 245 323, 301 889; **800 Mark** auf Nr. 38 776, 49 767, 69 118, 183 930, 202 156, 211 071, 236 319, 252 778, 257 568, 257 577, 291 058, 344 378

* **Die alkoholfreie Gaststätte „Weiße Schleife“** des Frauenbundes für alkoholfreie Kultur hat ihre Räumlichkeiten von der Ohlauer Straße nach Taschenstraße 20, Hochpaterre, verlegt und gestern Abend zur Eröffnung der neuen, gefällig eingerichteten Räume eine kleine Feier veranstaltet, zu der die Freunde und ständigen Gäste geladen waren, in deren Verlauf Frau Dr. Heisrick vom Landesverband des Frauenbundes und Herr Wagenknecht vom Guttemplerorden kurze Ansprachen hielten.

* **Warnung vor einem Betrüger.** Der Handelsmann Gerson Brandt hat am 14. Juni der Firma Tuch- und Futterstoff-A.-G., Breslau, Blücherplatz 1, acht Coupons Herrenstoffe guter Qualität gestohlen und hat sich auf folgende Art in den Besitz dieser Stoffe gesetzt: Er erschien in den Geschäftsräumen und sagte, daß er nur ganz billige Herrenstoffe führe, jedoch einige Interessenten für hochwertige Ware habe. Die Firma möchte einen ihrer Angestellten mit acht Coupons zur Vorlage zu dieser Kundschaft entsenden. Diesem Wunsche wurde entsprochen. Der Angestellte der Firma begab sich in Begleitung des Brandt auf Veranlassung des Letzteren zunächst zu dem Grundstück Graupenstraße 11. Hier sagte Brandt dem Angestellten, daß er die Stoffe einem Kunden, Rechtsanwalt Danziger, allein vorlegen müsse, und ersuchte, ihm die Stoffe zur Vorlage auszuhändigen, während der Angestellte vor der Tür wartete. Brandt begab sich jedoch nicht zum Rechtsanwalt Danziger, sondern zu dem auf demselben Flur befindlichen Pfandleiher und verkaufte dort den Stoff unter Zweidrittel des Einkaufspreises. Dem draußen wartenden Angestellten erzählte er, daß er einen Stoff beim Rechtsanwalt Danziger gelassen habe, weil dessen Frau nicht anzutreffen war und diese erst zum Verkauf ihre Zustimmung geben müsse. Daraufhin begab sich Brandt in Begleitung des Angestellten zu dem Hause Kreuzstraße 34. Hier wiederholte Brandt seine Bitte auf Aushändigung der Stoffe für einige Augenblicke zur Vorlage bei seinem Kunden. Der Angestellte wartete vor dem Hause. Das Grundstück hat keinen hinteren Ausgang und hohe Hofmauern. Trotzdem erschien Brandt nicht wieder, sondern ist mit den Stoffen spurlos verschwunden. Brandt hat sich durch den Verkauf des inzwischen beschlagnahmten ersten Kupons an den Pfandleiher die Mittel zur Abreise verschafft und ist wahrscheinlich mit den übrigen sieben Kupons nach auswärts entkommen. Die geschädigte Firma warnt vor Ankauf dieser Stoffe und bittet, Brandt unverzüglich bei Antreffen der Polizei zu übergeben.

* **Warnung vor einem Schwindler.** Am 9. Juni erschien bei einem Herrn am Museumsplatz in den Vormittagsstunden ein Mann und legte eine Rechnung über geliefertes Brennmaterial vor. Da die Wirtin abwesend war, wurde die Rechnung bezahlt. Es stellte sich aber bald heraus, daß kein Brennmaterial geliefert worden und die Rechnung fingiert war. Beschreibung: etwa 30 Jahre alt, 1,70 Meter groß, besser gekleidet mit grauem Anzug und barhäuptig. Zweckdienliche Angaben erbittet das Polizeipräsidium, Schuhbrücke 27, Zimmer 6.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 5652

Erweiterter Parteivorstand. Dienstag, den 21. Juni, 20 Uhr, wichtige Sitzung im Gewerkschaftshause. Zum Erweiterten Vorstand gehören nur Abteilungsleiter, Distriktsführer, Frauenleiterinnen und der engere Vorstand.

Distrikt 17. Sommernachtsball am Sonnabend, den 18. Juni. Näheres siehe Vereinskalender.

Distrikt 29. Wer die Karten noch nicht abgerechnet hat, hole dies sofort nach. Bis Freitag muß alles erledigt sein.

Distrikt 30. Morgen abend, 8 Uhr, ist die Versammlung sämtlicher Funktionäre und Festkomiteemitglieder.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Z.d.A.-Jugendgruppe. Der Vortrag des Herrn Dr. Rose findet heut abend, 20 Uhr, im Heim 1, Taschenstraße, statt. Die Kollegen, die sich zum Herüberschaffen einer Kiste gemeldet haben, treffen sich um 15 Uhr im Büro des Berufsamtes, Nikolaistadtgraben.

Jungsozialisten. — Arbeiterjugend.

Kommenden Freitag beteiligen wir uns an der Zentralveranstaltung der SAJ. Der Arbeitsausschuß kommt am Freitag nach der AJ.-Veranstaltung zusammen.

Betriebsobleute. Freitag, den 17. Juni, rechnen sämtliche Betriebsobleute die Eintrittskarten für die Matteotti-Feier in der Zeit von 19—20 Uhr in der Viktoriaschule, Blücherstraße, ab. Wer später abrechnet, muß die unverkauften Karten selbst bezahlen. Gleichfalls rechnen die Heime 1, 3 und 9 die Karten für das Kinderfest des Distrikts 18, ab.

Zentrale Spielgruppe. Morgen, Freitag, muß alles unbedingt schon 19,15 Uhr in der Viktoriaschule sein. Sonntag sind alle Spieler von Mädchenraub und Peter Squenz Punkt 12,30 Uhr am Weißenburger Platz. Kleidung nicht vergessen.

Scheitnig, Sandtor, Odertor. Sonntag, 20 Uhr, pünktlich, Benderschule: Heiterer Abend mit Jan, Peter Stoll, dem süßen Willy und Mark Twain. Die Mitglieder aller Gruppen und Gäste sind willkommen.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 1. Heut, Donnerstag, 5 Uhr, bei Rademacher, Ohleaufstieg, kommen die Aelteren zu Bewegungsspielen zusammen. Kinderfreundegeld, sowie das Geld für Prag nicht vergessen. Die Mädel sind bestimmt zur Gymnastik da.

Bund der Freidenkerjugend.

Alle, die am Sprechchor und am Tanzen beteiligt sind, müssen bestimmt im Heim, pünktlich 20 Uhr, erscheinen.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute, Donnerstag, 8 Uhr, gelangt als 10. Abonnements-Vorstellung der Serie E Charpentiers Musikroman „Louise“ letztmalig zur Aufführung. Freitag, 8 Uhr, letzte Wiederholung der Revue-Operette „Der Mikado“. Sonnabend, 7 Uhr: „Der Rosenkavalier“.

Lobetheater. Heute und morgen die letzten beiden Aufführungen von Bernard Shaws erfolgreicher Komödie „Androklus und der Löwe“. Am Sonnabend findet die Erstaufführung von „Saison-Ausverkauf“, Revue des Schauspiels in 16 Bildern, Texte von Paul Barnay und Carl Behr, Musik von Harry Ralton, statt. Der Reinertrag der Erstaufführung fließt zu gleichen Teilen der Unterstützungskasse des Verbandes der Schlesischen Presse und dem Ferienfonds der Schauspieler der Vereinigten Theater zu. Die Premierenbesucher des Parketts und des ersten Ranges werden gebeten, im Abendanzug zu erscheinen.

Schauspielhaus. Heute, Donnerstag, und die folgenden Tage wird die rasch beliebt gewordene Operette „Die Siegerin“ mit der Musik des berühmten russischen Komponisten Peter Tschaikowsky zur Aufführung gebracht. Sonntag nachmittag geht Emmerich Kalmans melodiöse Operette „Die Zirkusprinzessin“ in Szene. Dienstag findet die 25. Aufführung der Operette „Die Siegerin“, statt.

Viktoriatheater. Ab 16. Juni gastiert die bekannte Breslauer Vortragskünstlerin Olga Iren Fröhlich in der „Revue der Einatter“: Breslau lacht bis 11 von 8. — Viktoria-Theater-Garten: Eingang Portal 2. Täglich 8¼ Uhr Garten-Kino-Varietee mit neuem Spielplan. Eintritt frei.

Vereinskalender.

Distrikt 17. Am Sonnabend, den 18. Juni, findet unser Sommernachtsball im „Bergkeller“ statt. Alle Genossinnen und Genossen der Nachbardistrikte sind hierzu herzlichst eingeladen. Eintritt inkl. Tanz 50 Pfennige. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. Das Vergnügungskomitee.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Bezirk Breslau. Sonntag, den 19. Juni, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Massenprobe. „Unser Lied“, „Sturm“, „Rotgardistenmarsch“ werden geübt. Die Vereinsvertreter kommen um 10 Uhr zu einer Besprechung zusammen. Die Bezirksleitung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter. Wir machen nochmals auf die am Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr, im Hotel zum „Gelben Löwen“, Oberstraße 25, 1. Etage, stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam. Die Ortsverwaltung.

Die Kunstseide.

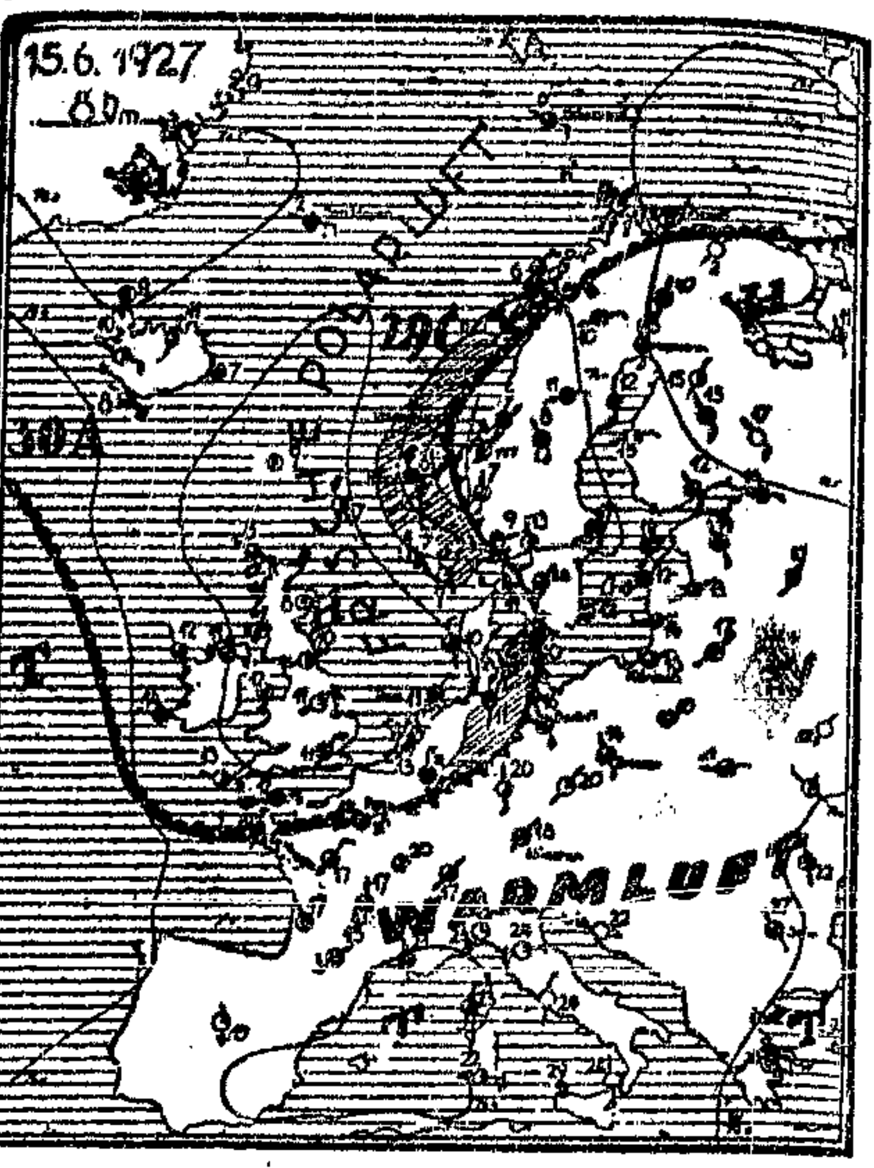
Um dem Publikum einen Einblick in die Kunstseiden-Industrie zu geben, hat die Firma Lindemann & Co. A.-G., Breslau, Ohlauer Straße Nr. 31/73, eine Kunstseiden-Ausstellung in ihren Geschäftsräumen arrangiert. Neben Fertigstücken aller Textilzweige wird der Werdegang vom Ursprungsmaterial bis zum fertigen Seidengarn vor Augen geführt. Die Ausstellung dauert vom 16. bis einschließlich 20. Juni.

Bei einer Erfindung pflegt man gewöhnlich skeptisch zu sein, und man war es ganz besonders, als vor 30 Jahren die Chemiker behaupteten, daß ein Stoff weder ein tierisches noch ein pflanzliches Produkt zu sein brauche, sondern auch im Laboratorium hergestellt werden könne. Im Jahre 1734 wurde schon theoretisch erwogen, Seide künstlich herzustellen, und als 1845 der deutsche Chemiker Schönbein die Nitrozellulose und das Kollodium entdeckte, kam man zu der Ueberzeugung, daß damit der Grundstein zur Herstellung der Kunstseide gelegt war.

Ausgehend von der Nahrung der Seidenraupe, nitrierte der Schweizer Audemars 1855 den Bast junger Maulbeerzweige, löste dieses Produkt in Alkohol und Aether auf, führte Kautschuk zu und zog dieser Mischung mit einer Nadel feine Fäden ab, die an der Luft erhärteten. Seit dieser Zeit forschten die Chemiker nach neuen Zusammensetzungen, die von Erfolg gekrönt waren. Der Franzose Chardonnet errichtete Fabriken in Frankreich und in der Schweiz, und im Jahre 1899 wurde die Fabrikation der Kunstseide auch in Deutschland aufgenommen und zwar von den „Vereinigten Glanzstoffabriken“, Elberfeld, welche aus der Rheinischen Glühlampenfabrik Dr. Max Fremmerey & Co. hervorging. Ausgangspunkte der Kunstseide waren zunächst die Kämmlinge ägyptischer Baumwolle. Doch gelang es allmählich, diese durch die billigeren Linters (Samenfasern der Baumwolle) zu ersetzen, und schließlich beim Viscoseverfahren die aus Fichtenholz gewonnene Sulfitzellulose heranzuziehen. Die erste Kunstseide und ihre bescheidene Verwendung als Glühstrümpfe der Gasbeleuchtung. Der Krieg erst erwies die Wichtigkeit der Kunstseidenerzeugung für die Bekleidungsindustrie. Es wird dem Laien fremd sein zu hören, daß der Verbrauch der Kunstseide denjenigen der echten Seide um das fünf- bis sechsfache übersteigt. Gibt es doch fast kein Gespinst in Wolle, Baumwolle oder Seide, dem nicht Kunstseide beigemischt ist. Das kaufende Publikum hat keine Ahnung davon, in welchem Maße es bereits in Kunstseide beliefert wird. Kunstseide findet Verwendung vom Handschuh bis zur Leibwäsche, vom Strumpf bis zum fertigen Kleide, vom Sofakissen bis zum Möbelstoff, vom Schirmstoff bis zum Hut, vom Teppich bis zur Gardine und zum Gobelin, vom Promenadentuch bis zum Badeanzug, vom Klubsessel bis zur Ausstattung des Ozeandampfers und noch bei tausend anderen Dingen. Das Mißtrauen, das man zuerst dem Gewebe entgegenbrachte, ist dank der Bemühungen der verarbeitenden Industrie, die heute auf Qualitätsware hält, geschwunden. Das kunstseidene Gesellschaftskleid findet man überall da, wo auch das reinseidene Crêpe-Georgettekleid vertreten ist. Die Mängel, die sich zuerst beim Tragen und Waschen der Kunstseide zeigten, sind heute so weit geschwunden, daß man von einem fast einwandfreien Material sprechen kann. Es werden Gewebe in Kunstseide herausgebracht, die solche Aehnlichkeit mit der Naturseide haben, daß selbst Fachleuten ohne Hilfsmittel eine Unterscheidung schwer fällt. Der sehr feine Faden besitzt Elastizität, Glätte und unübertroffene Gleichmäßigkeit. Das Gewebe ist schmiegsam und widerstandsfähig gegen Nässe. Die chemische Natur der Kunstseide verleiht ihr eine absolute Widerstandsfähigkeit gegen Insekten, kein anderes Textilgut hat diesen Vorzug aufzuweisen.

Hervorzuheben ist noch, daß die Herstellung der Kunstseide große volkswirtschaftliche Bedeutung hat, da das gesamte Rohmaterial rein heimisches Erzeugnis ist und in solchen Mengen produziert wird, daß hunderttausend Arbeiter und Arbeiterinnen jahraus, jahrein lohnende Beschäftigung in der Spinnerei und Weberei finden. Die deutsche Kunstseide ist so hochwertig, daß sie in der Welt den ersten Rang einnimmt, und neben dem bedeutenden Inlandsverbrauch große Mengen exportiert.

Als kunstseideerzeugende Länder sind zu nennen: U. S. A., Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Schweiz, Niederlande, Oesterreich, Ungarn, Japan, Polen und Tschechoslowakei. E. R.



Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten).

Hinter der Störungsfront 29 C, die in der Nacht zu Donnerstag Schlesien erreichte und verbreitete Gewitter hervorrief, ist maritime Polarluft gefolgt. Da die Störungsfront sich nur langsam ostwärts bewegt, so kann es besonders im Osten unseres Bezirks zu weiteren und zum Teil noch recht ergiebigen Regenfällen kommen. Erst späterhin ist wieder mit teilweise aufheiterndem Wetter zu rechnen.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Nach verbreiteten Gewittern oder gewitterartigen Regenfällen während der Nacht zunächst noch wolkig, erst später zeitweise Aufheiterung, kühler.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Nach Nordwest und Nord drehender Wind, meist bewölkt, noch vereinzelte Gewitter, kühler.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 16. 6. 27.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	11	26	7	wolkig	still	0.2	
Görlitz	11	25	9	"	ONO 3	0,5	
Lobris, Kr. Jauer							
Bad Flinsberg	9	24	8	wolkig	O 2	5	
Heufuderbaude	6	15	5	klar	W 5	11.1	
Oberschreiberhau	3	23	7	bedeckt	WSW 2	6	
N. Schles. Baude	2	14	5	heiter	O 1		
Reifträgerbaude	7	12	8	heiter	O 2	6 4	
Schneekoppe	7	14	8	wolkig	N 3	9	
Dietzdorf	10	19	8	"	NNO 2	5.1	
Krietern		26	7	"	NNW 7		
Zobten							
Bad Salzbrunn	9	25	9	wolkig	NO 1	8	
Friedland (Bez. Breslau)	10	24	9	wolkig	N 2	8	
Reinerz	9	25	9	wolkig	NO 2	9	
Landeck	9	26	8	bedeckt	NNO 5	6	
Reichenstein	9	26	9	wolkig	N 3	6	
Festenberg	11	27	7	wolkig	NNW 5		
Neisse	12	24	4	heiter	NNO 2	4	
Breslau	12	28	11	heiter	NNW 3	0,8	
Kreuzburg							
Gleiwitz	12	26	10	wolkig	N 2	4,2	
Beuthen	12	27	12	wolkig	NW 4	1,6	

Filmschau.

Kristall-Palast. „Mata Hari“, die rote Tänzerin. Um es vorweg zu nehmen: Der Film ist ganz prachtvoll gesehen und ein seelisches Erlebnis besonderer Art. Leo Birinski ist hier ein Wurf gelungen, wie man ihn in Filmen öfter erleben möchte. Historisch getreu dürfte die Geschichte ja auch nicht sein. Man erinnert sich an jene Tänzerin, die als angeblich deutsche Spionin in Paris im Jahre 1917 erschossen wurde. Birinski nahm davon nur die große Linie. Er stellte seinen Film in die Zeit vor dem Kriege, ließ die Ereignisse sich in Rußland abspielen und stellte in den Vordergrund die Liebe Mata Haris. Die Liebe nicht etwa zu einem schönen Filmmanne, sondern das tiefe Lieben Mata Haris und des einfachen russischen Bauern, die Leiden und Qualen mit bewundernswertem Mut ertragen. Mata Haris lebt in der großen Welt. In Wien gefeiert, ist sie die Geliebte eines Erzherzogs. In Petersburg ist sie einem Großfürsten zugetan. Bis sie eines Tages, mitten aus einem tollen Gelage, angeekelt von diesem Dasein, auf einem Schlitten ins Unbekannte fliehen will, und das Schicksal ihr jenen Bauern in den Weg stellt, der ihr Verhängnis werden soll. Bald erfährt der Großfürst ihre Liebe und als politisch Verdächtiger wandert Grigori ins Gefängnis. Ihn zu retten, erbietet sich Mata Hari, die Pläne einer österreichischen Grenzfestung zu besorgen. Sie bekommt auf ihr Anraten von jenem Erzherzog falsche Pläne, die sie nach Rußland bringt. Jetzt scheint alles gut. Aber Mata Hari wird von einem russischen Spion, der ihr zur Begleitung mitgegeben war, entlarvt und nach qualvoller Verhandlung erschossen. Der Film ist in diesen letzten Szenen, obgleich sie prachtvoll gesehen sind, zu lang. Die zehn Akte könnten, um die Wirkung noch zu steigern, mehr zusammengezogen werden. Sonst ist dieser Film eine Leistung großer Art und verdient volle Anerkennung. — Geschickt leitet das Tanzgastspiel Lu Adranowitsch zu dem Film über. Schönheit und Rhythmus sind diesem Frauenkörper eigen, der sich bis zur wilden Tanzexzentrik steigern kann. Kapellmeister Weißhaupt ist taktvoller und sicherer Begleiter.

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 15. Juni gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln und Sämereien, die sich Frachtparität Breslau verstehen). Tendenz: Getreide: Ruhig. — Oelsaaten: Fast geschäftslos. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Getreide:	15	14	Oelsaaten:	15.	14.
Weizen 75 kg †)	31,00	31,00	Winterraps *	—,—	—,—
Weizen 71 „ §)	30,00	30,00	Leinsamen *	36,00	—,—
Roggen 71 „ †)	29,30	29,30	Senfsamen *	40,00	—,—
Roggen 68 „ §)	28,30	28,30	Hanfsamen *	25,00	—,—
Hafer	28,00	28,00	Blaumohn *	34,00	—,—
Braugerste §§)	25,70	25,70			
Mittelgerste	23,50	23,50			
Winter-Gerste *)	23,50	23,50			

†) Gute Qualität.
§) Durchschnitts-Qualität.
*) Mittlere Art und Güte.
§§ Feine Ware über Notiz.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

	15	14		15.	14.
Weizenmehl (70%)	43,75	43,75	Auszugmehl	48,75	48,75
Roggenmehl (70%)	41,50	41,50			

Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

Aus Schlesien.

Abschluß des Kattowitzer Banditenprozesses

Lebenslängliches Zuchthaus für Pakulla I.

Der dritte Verhandlungstag brachte den Abschluß des sensationellen Prozesses gegen die von Pakulla geführte Räuberbande.

Staatsanwalt Dr. Guze hielt nach Entgegennahme eines Gutachtens eine zweistündige Anklagerede, in der er auf die Tätigkeit der Bande, die monatelang die Sicherheit im oberschlesischen Industriebezirk durch tollkühne Raubüberfälle, schwere Einbrüche und Diebstähle gefährdete und die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzte, näher einging und speziell die Mordtat an dem Oberhäuer Wojciechowski in der Schachtanlage und den waghalsigen Straßenbahnüberfall auf Richthofenschacht behandelte. Den Anführer Viktor Pakulla, dem achtzehn, und seinen Komplizen Sylvester Kroch, dem dreizehn schwere Straftaten zur Last gelegt werden, treffe die Verantwortung auch für alle Vergehen, welche die übrigen Bandenmitglieder und Mitbeschuldigten begangen haben, da diese unter dem unheilvollen Einfluß der beiden gefährlichen Burschen standen.

Nach den Strafanträgen des Anklagevertreters begannen die vier Rechtsanwälte mit ihren Plädoyers. Sie betonten, daß die Mehrzahl der Angeklagten durch unglückselige Umstände in diesen Riesenprozeß mitverwickelt wurden, daß einige von ihnen sich infolge Jugend und Unerfahrenheit von den Haupttätern zu den verbrecherischen Handlungen verleiten ließen und hierbei Arbeitslosigkeit, Not und schlechte Erziehung, eine ausschlaggebende Rolle spielten. Nachdem allen Beschuldigten das Schlußwort erteilt wurde, wobei sich einzelne Beklagte in leidenschaftlichen Unschuldsbeteuerungen ergingen, zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Inzwischen sammelte sich im Gerichtsgebäude eine riesige Anzahl Neugieriger an, welche bei der Urteilsverkündung zugegen sein wollten und dieser mit größter Spannung entgegensahen. Verhandlungs- und Zuhörerraum waren überfüllt. Ein verstärktes Polizeiaufgebot wurde herangezogen, welches für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgte und sich im Gerichtssaal sowie an den Ausgängen verteilte, um Zwischenfällen vorzubeugen. Selbst vor dem Gerichtsgebäude wartete eine große Menschenmenge mehrere Stunden auf den Ausgang des Prozesses. Das Urteil wurde nach nahezu dreistündiger Verhandlung gegen ¾11 Uhr nachts bekanntgegeben. Wegen Tötung des Oberhäuers Wojciechowski auf der Schachtanlage „Richthofen" in Nickischschacht bzw. Beihilfe wurden die Hauptschuldigen Viktor Pakulla und Silvester Kroch zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Außerdem erhielten die beiden Haupträdelsführer je 15 Jahre Zuchthaus wegen einer Reihe verübter und versuchter Raubüberfälle und Einbrüche, versuchtem Totschlag und anderen Vergehen. Beiden Banditen wurden die bürgerlichen Ehrenrechte für die Zeitdauer von zehn Jahren abgesprochen. Der Angeklagte Paul Kuzma, welcher schon vorbestraft war, wurde wegen Teilnahme an dem Ueberfall auf die Straßenbahn in Schoppinetz zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Hornik dagegen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Bandenmitglieder Theofil Krzyzowski und Thomas Podgorski erhielten wegen schwerem Raubüberfall je fünf Jahre Zuchthaus, bei Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die gleiche Zeitdauer. Die weiteren Angeklagten wurden wegen Teilnahme an Einbrüchen und Diebstählen, ferner Mithilfe durch Gewährung eines Unterschlupfs, Verheimlichung vor der Polizei und Irreführung, Vermittlung von Schußwaffen, Aufbewahrung und Entgegennahme von geraubten und gestohlenen Gegenständen (Hehlerei) u. a. m. bestraft. Es wurden verurteilt: Potyka zu einem Jahre Gefängnis, Eduard Papon zu einem Jahre zwei Monaten Zuchthaus, Sobczyk zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis, Katharina Potyka zu einem Jahre Gefängnis, Wladislaus Watola zu acht Monaten, Pauline Potyka, die Geliebte Krochs, zu sechs Monaten, Korzec zu vier Monaten, Cyba zu acht Monaten, Stollorz, Kurczyk, Mucha, Ryt, Wilczek und Pauline Banduch zu je drei Monaten Gefängnis, Schulc zu einer Geldstrafe von 40 Zloty oder acht Tagen Gefängnis. Die meisten Hauptangeklagten erhielten überdies wegen unberechtigtem Waffentragen je sechs Wochen Arrest. Auch der Beklagte Josef Pawelczyk wurde wegen dem gleichen Delikt zu sechs Wochen Arrest verurteilt, während der 17 Jahre alte Franz Potyka, welcher mit seinem 14jährigen Bruder gestohlene Wasserstoffbehälter, ferner Schußwaffen und Bomben vergrub und versteckte, mit Rücksicht auf sein jugendliches Alter einen Verweis erhielt. Freigesprochen wurden die Angeklagten Orzegowski, Czok, der 14jährige Karol Potyka, Hedwig Stollarz, Peter Pakulla, Sroka, Kuzmider, Uciecha und Cyba.

Die Verurteilten Pakulla und Kroch nahmen das Urteil mit einer auffallenden Gleichgültigkeit und ohne jede Erregung entgegen. Nicht viel anders war das Verhalten der anderen Hauptäter, die sich gleichfalls mit ihrem Schicksal abfanden. Mit dem Abschluß dieses großen Prozesses und der Verurteilung der Banditen hat ein Stück oberschlesischer Räuberromantik sein jähes Ende gefunden.

Keine Befriedigung des Sandberger Schulkonflikts.

Wie wir erfahren, hat die Schulaufsichtsbehörde gegen die Eltern, die bei der Versetzung des Lehrers Berger an die hiesige weltliche Schule ihre Kinder nicht zur Schule geschickt hatten, Strafantrag gestellt. Es handelt sich um über 200 Eltern. Diese der Beschäftigung der Gerichtsbehörden mehr wie der Befriedung der Sandberger Schulverhältnisse diende Maßnahme, mag juristisch aber sicherlich nicht schulpolitisch vertretbar sein. Glaubt die Aufsichtsbehörde vielleicht, durch solche Maßnahmen die betroffenen Eltern von der Eignung des Lehrers Berger zu überzeugen? Wir vermögen uns an Schulstreikfälle im Deutschen Reich zu erinnern, in denen man nicht so konsequent vorging. Allerdings handelt es sich dort nicht um weltliche Schulen.

Eröffnung der Flugstrecke Breslau—Görlitz—Berlin.

Gestern wurde bei durch starken Nebel ungünstiger Witterung die Flugstrecke Breslau—Görlitz—Berlin eröffnet, die das Riesengebirge mit der schlesischen und der Reichshauptstadt verbindet. Das Verkehrsflugzeug „D 582" startete in Breslau wegen des Nebels mit dreistündiger Verspätung und wurde um 9,11 Uhr auf dem Hirschberger Flugplatz von Oberbürgermeister Dr. Rickelt, den Vertretern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, dem Hirschberger Verkehrsdirektor Dresler sowie einer zahlreichen Zuschauermenge empfangen. An dem Eröffnungsflug hatten Oberregierungsrat Theiß vom Oberpräsidium, Regierungsrat Dr. Metzner von der Provinzialverwaltung und Stadtkämmerer Dr. Friedel-Breslau neben einigen Passagieren teilgenommen.

Glatz. Der Ausbrecher Höpink abermals verhaftet. Der frühere Eisenbahningenieur Höpink, der wiederholt aus Gefängnissen ausgebrochen und zuletzt am 9. Juni aus dem Kreisgerichtsgefängnis in Königgrätz entsprungen war, konnte nunmehr wiederum verhaftet werden. Er war zuletzt auf der Straße Reinerz—Lewin gesehen worden und konnte, da dies dem Kriminal- und Grenzkommissariat in Glatz gemeldet worden war, von einem Landjägermeister festgenommen werden. Höpink wurde wiederum in das Gerichtsgefängnis in Glatz eingeliefert, und es dürften nunmehr alle Vorkehrungen getroffen werden, um ein nochmaliges Entweichen des Höpink zu verhindern.

Wünschelburg. Typhuserkrankung. Im benachbarten Ober-Rathen erkrankten drei Kinder an Typhus. Alle drei wurden in das hiesige Krankenhaus überführt. Es wurden unverzüglich alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern.

Neurode. Notlandung eines Flugzeuges. Am Montag mußte ein von Prag kommendes Flugzeug der Lufthansa München in der Nähe der Lendenbrücke bei Kunzendorf im hiesigen Kreise landen. Die Notlandung wurde notwendig, da durch den dichten Nebel jede Orientierung unmöglich war. Das Flugzeug, das mit drei Mann Besatzung und drei Fahrgästen besetzt war, setzte am Dienstag seine Reise fort, während die Fahrgäste ihre Weiterreise mittels Eisenbahn bewerkstelligten.

Esdorf, Kr. Schweidnitz. Durch Blitzschlag eingeäschert. Bei dem letzten hier niedergehenden Gewitter schlug der Blitz in die Scheune des Gutsbesitzers R. und zündete. Das Feuer ergriff auch das daneben stehende Stallgebäude. Während das Vieh gerettet werden konnte, verbrannten die Maschinen. Der Schaden ist erheblich.

Landeshut. Blutschande. Der 50 Jahre alte Arbeiter P. aus dem Zieder wurde wegen Blutschande, begangen an seiner 16jährigen Tochter und wegen anderer sittlicher Verfehlungen an einem achtjährigen Mädchen verhaftet. P. ist wegen gleicher Vergehen schon mit Zuchthaus vorbestraft.

Striegau. Unfälle im Steinbruch. In den letzten Tagen ereigneten sich in den hiesigen Steinbrüchen mehrere Betriebsunfälle. Der Steinbrecher Hermann T. aus Gräben verlor beim Abrücken eines Steines das Gleichgewicht und stürzte etwa vier Meter tief ab. Außer einer schweren Kopfwunde dürfte T. eine Gehirnerschütterung davongetragen haben. — Im Bartsch-Bruch glitt dem Auflader A. die Brechstange aus der Hand und schlug so unglücklich zurück, daß sie A. an die Wand warf. Der Verunglückte trug Kopf- und Rückenverletzungen davon. — Im Basaltwerk sprang einem Auflader ein Steinsplitter ins Gesicht, der eine so starke Augenentzündung hervorrief, daß sich der Betreffende in spezialärztliche Behandlung begeben mußte. Innerhalb eines Jahres haben im Basaltwerk drei Personen die Sehkraft eines Auges eingebüßt.

Teschen. Bürgermeisterwahl. Am Montag wurde in der Teschener Stadtvertretung der Prälat Londzin mit den Stimmen des polnischen Wahlblocks, des Deutschen Klubs, der polnischen Sozialisten und des Abg. Brzuska zum Bürgermeister gewählt. Londzin war von 1967 bis zum Zusammenbruch der österreichischen Monarchie Mitglied des österreichischen Reichsrats, im Jahre 1919 des verfassunggebenden polnischen Sejms und seit 1920 des polnischen Parlaments. Er gehörte zu den eifrigsten Vorkämpfern der polnisch-nationalen Kreise im ehemaligen österreichischen Schlesien, hat aber den Ruf der Objektivität gegenüber der deutschen Bevölkerung. Die Wahl des Vizebürgermeisters wurde vertagt.

Kattowitz. Zeitungsbeschlagnahme. Gestern wurde hier der „Oberschlesische Kurier", die „Polonia" und der „Ilustrowany Kurier Codzienny" beschlagnahmt, weil sie ausführliche Mitteilungen über den Bischofsbesuch in Bielschowitz gebracht hatten, bei dem deutsche Katholiken von Aufständischen an dem Besuche des Bischofs gehindert worden waren und der Wojewode Grazynski in Person eingreifen mußte, um die Ordnung wiederherzustellen.

Kreisgewerkschaftsfest

verbunden mit Fahnenweihe

am Sonntag, den 17. Juli 1927.

Kollegen der Ortsausschüsse, Gewerkschaften, Arbeiter-Sportvereine, Arbeiter-Gesangvereine, Reichsbanner, Partei- und Arbeiter-Jugendverbände aus Stadt und Land und benachbarter Orte, uns geht es nicht darum, der örtlichen Bewegung nur ein Symbol zu schaffen, sondern Zweck des gesamten Festes soll es sein, daß alle in den Verbänden und Vereinen eingegliederten Kollegen an diesem Tage aufmarschieren, um Antrieb zu erneuter freigewerkschaftlicher und dergleichen Betätigung zu erhalten. Wir wissen, daß der Kreis Neumarkt als einer der reaktionärsten Schlesiens gilt und daß die Zeit ein Heer neuer Kämpfer braucht. Wir richten deshalb an alle obengenannten Verbände und Vereine die Bitte, zahlreich zu erscheinen.

Ortsausschuß Neumarkt
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Klettendorf. Gemeindelichtspiele. Am Freitag, den 17. Juni, nachmittags 17,00 und 20,30 Uhr, läuft außer dem berühmten „Rin-Tin-Tin unter den Wölfen" der Film über Chamberlins Flug von Amerika nach Deutschland, und zwar wird sein Aufstieg in Newyork, Notlandung in Deutschland und Ankunft in Berlin gezeigt. Demnächst läuft der Film vom Kieler Parteitag.

Klettendorf. Sozialistische Arbeiter-Jugend. Wir treffen uns Sonntag, den 19. Juni, früh ½6 Uhr, an der Kirche zu einer Tageswanderung. Verpflegung ist für den ganzen Tag mitzubringen. Festes Schuhwerk und Kleidung nicht vergessen. Wer nach ½6 Uhr kommt, trifft uns nicht mehr an. Liederbücher sind mitzubringen.

Oswitz. Reichsbanner. Unsere Monatsversammlung findet Freitag, den 17. Juni, abends 7½ Uhr, in der Volkshalle statt, zu der alle Kameraden zu erscheinen haben. Im Anschluß daran, etwa 8½ Uhr, wird Kamerad Auras einen Vortrag über seine Eindrücke in Sowjetrußland halten, zu dem auch alle Genossen der SPD. sowie die Frauen eingeladen sind.

Oswitz. Aus der Gemeinde. In der am 13. Juni im „Preußenhof" stattgefundenen Gemeindevertretersitzung wurde die Beratung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1927 beendet. Der Etat schließt mit 61 960 Mark ab und wurde ohne Abänderungen genehmigt. Die Steuerzuschläge zur Grundvermögensteuer wurden auf 250 Prozent, und die zur Gewerbesteuer auf 500 Prozent vom Kapital und vom Ertrage festgesetzt. Dem Antrage der Freiwilligen Feuerwehr Oswitz wegen Bewilligung einer Beihilfe zur Deckung der durch die Entsendung von drei Delegierten zum 28. Verbandstag in Hindenburg OS. entstehenden Kosten wurde in der Form stattgegeben, daß 100 Mark von den 250 Mark für die Brandwachen bewilligt wurden. Auch der Vertrag über das Fortbestehen der Freiwilligen Feuerwehr wurde angenommen. Nach der Wahl von zwei Revisoren für die Jahresrechnung von 1926 wurde beschlossen, die Vergebung der freigewordenen Wohnung im Gemeindegrundstück nach der öffentlichen in geheimer Sitzung vorzunehmen. Anschließend hielt Brandmeister Stolle einen Vortrag über die Beschaffung von Handfeuerlöschern, die, obwohl sie sich zum Teil zur Bekämpfung des entstehenden Feuers vorzüglich bewährt haben, bei größeren Bränden ungeeignet sind. Wegen Anschaffung einer Motorspritze soll mit einigen Firmen weiter verhandelt werden. Die Sportplatzfrage liegt augenblicklich in den Händen des Magistrats Breslau. Das Stadtamt für Leibesübungen wird den im nächsten Jahre fertiggestellten Platz den hiesigen Sportvereinen übergeben.

Stabelwitz. SPD. Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 4 Uhr, findet in Marschwitz im Lokal von Praetsch eine sehr wichtige Parteimitgliederversammlung statt. Der Delegierte des Landkreises zum Kieler Parteitag wird einen Bericht von diesem geben. Es ist aus diesem Grunde notwendig, daß alle Parteigenossen für einen guten Besuch Sorge tragen.

Steine. SPD. Sonnabend, den 18. Juni, findet im Lokal von Grocholl in Steine unsere fällige Parteimitgliederversammlung statt. Der Genosse Schiffer wird einen Bericht vom Kieler Parteitag geben. Es ist wichtig, daß alle Parteigenossinnen und Genossen erscheinen, da auch gleichzeitig ein Bericht von der Maifeier gegeben wird. Also, sorgt für guten Besuch.

Neumarkt. Zur Vollsitzung des Ortsausschusses des ADGB. am vergangenen Sonnabend waren alle angeschlossenen Gewerkschaften vertreten. Ueber das mit einer Fahnenweihe verbundene Kreisgewerkschaftsfest am 17. Juli wurde eingehend diskutiert. Der Schriftführer berichtete über die erste Sitzung der Festkommission und unterbreitete die gemachten Anregungen. In der Platzfrage ging die einstimmige Auffassung dahin, daß das Schützenhaus nicht in Frage kommen könne, sondern daß Arbeitersportplatz und Verkehrslokal als geeignetster Platz und Lokal in Frage käme. Beschlossen wurde, daß jedem am Umzug teilnehmenden Kind eine Karte verabreicht wird, die zum Empfang von Wurst und Semmel berechtigt. Die weiteren Vorarbeiten (Festsetzung des Pachtgeldes usw.) wurden dem Vorstand und der Festkommission übertragen. Hingewiesen wurde auf die vom hiesigen Kinoinhaber Gewerkschaftsmitgliedern eingeräumte Preisermäßigung. Ausweiskarten sind beim Vorsitzenden der Gewerkschaft in Empfang zu nehmen. — Beschlossen wurde, an die Ortskrankenkasse einen Antrag zu stellen, daß die von den Mitgliedern zu zahlenden 10 Prozent für Medikamente in Fortfall kommen sollen. — Nach Kenntnisnahme eines Schreibens des Arbeiter-Radfahrer-Vereins und Verlesung des letzten Protokolls schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Arbeiter-Sport

Internationaler „Rast".

Wie nunmehr endgültig feststeht, treffen die Genossen aus der Tschechoslowakei am Sonnabend, den 25. Juni, vormittags 8½ Uhr, in Breslau ein. Der vorgesehene Empfang durch die Vereine kommt daher nicht zur Durchführung. Zur Führung und Verteilung in die Quartiere werden aber 20 Genossen benötigt, die dem Bundesgenossen Heinzelmann am Sonnabend, den 25. Juni, früh ab 7½ Uhr, zur Verfügung stehen müssen. Die Vereine, sowie die Abteilungen der Freien Turnerschaft Breslau, melden die Mitglieder, die zu diesem Zeitpunkt abkommen können, sofort an Bundesgenossen Heinzelmann, Breslau 16, Meisenweg 16. Diesen Mitgliedern gehen dann die nötigen Anweisungen direkt zu. — Im Anschluß hieran sei noch bemerkt, daß noch Quartiermeldungen entgegengenommen werden.

Uebungsspiel der Städtemannschaft — F.S.V. 1925 I.

Den letzten Sonntag vor der „Rast" benützt die Fußballsparte, um der Städtemannschaft den letzten Schliff beizubringen. Knüpft die Städtemannschaft an die, am vorigen Sonnabend gezeigte Form an, dann ist F.S.V. bestimmt der Leidtragende.

Vor diesem Spiel steigt ein Uebungsspiel der Oelser Städte-Jugendmannschaft gegen V.f.L. 1. Jugend. Die Oelser haben zum Bezirksportfest am 16. und 17. Juli auswärtige Gäste, und die Aufgabe ist, die Städte-Jugendmannschaft so stark wie möglich herauszubringen. In V.f.L. haben sie einen Prüfstein, der alle Kräfte beansprucht. Beide Spiele finden auf dem Sternplatz in Gräbschen statt. Die Eintrittspreise betragen 20 und 10 Pfennige, so daß jeder Sportliebhaber Gelegenheit hat, diese Spiele zu besuchen. Die Spiele steigen um 3 und 4½ Uhr nachmittags.

Kartellvereine. Heute, und morgen Freitag, den 17. Juni, von 19,30 bis 21 Uhr, im Gewerkschaftshause, Rastkartenausgabe. Jeder Verein muß einen Genossen mit Ausweis senden.

Ordner zum „Rast". Sämtliche Ordner treffen sich am Sonntag, den 19. Juni, bereits um 8 Uhr vormittags am Westpark, Ecke Posener Straße. Ordnerbinde mitbringen.

Schwimmverein Poseidon, e. V. Sämtliche Leichtathleten (Frauen, Jugend und Männer) müssen heut abend, 7 Uhr, unbedingt zur letzten Einteilung für die Stafetten am Sonntag im Poseidonbad erscheinen. Nicht anwesende werden gestrichen. — Jugendabteilung: Sonnabend abend, 8 Uhr, im Poseidonbad Jugendversammlung. Tagesordnung: Berichte; Unser Jugendschwimmfest; Neuwahl des Jugendobmannes; Verschiedenes. Alle Jugendgenossinnen und -Genossen müssen der wichtigen Tagesordnung wegen unbedingt erscheinen.

Freie Rudervereinigung. Freitag, den 17. Juni, abends 9 Uhr, im Bootshause, Vorstandssitzung. — Alle Praefahrer bringen ihre Bundesbücher in Ordnung. — Am Dienstag, den 28. Juni, findet im Bootshause noch eine Zusammenkunft statt.

Freie Turnvereinigung. Donnerstag, den 16. Juni, 19 Uhr, trifft sich alles zur leichtathletischen Uebungsstunde. Sonntag, den 19. Juni, ist bis 12 Uhr Fahrverbot.

Freie Turnerschaft Breslau, 7. Abteilung. Freitag, den 18. Juni, abends 9 Uhr, Versammlung bei Kipke. Alles erscheint. Tagesordnung: „Rast".

B.S.C. 1924. Sonnabend, den 18. Juni, außerordentliche Generalversammlung abends 8 Uhr im Vereinslokal. Vereinseigentum mitbringen.

Arbeiter-Sportverein Cosel. Sonntag, den 19. Juni, nachmittags 4 Uhr, Pflichtversammlung im Vereinslokal.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Sonntag, den 19. Juni, findet das erste Mannschafts-Training auf der Trebnitzer Chaussee statt. Die Mannschaften setzen sich aus folgenden Fahrern zusammen: 1. Mannschaft: Knetsch, Herda, B. Andreas, Hübner, Ludwig. 2. Mannschaft: Bemmer, Ferenz, Prause, Grottke, Daun. 3. Mannschaft: Pfeffer, Friedrich, H. Drabon, W. Drabon, Auras. 4. Mannschaft: Pfitzner, Bensch, Hoffmann, Gusig, Graumann. 5. Mannschaft: Reinfeld, Leder, Meißner, Kosmehl, Grundey. 6. Mannschaft: Büntig, Böjewald, Bieberstein, Vofrei, Scholz. Rennfahrer, die noch am Mannschaftsrennen teilnehmen wollen, treffen sich auch Sonntag früh, am Ring. Treffpunkt früh 5½ Uhr, Ring, Abfahrt 6 Uhr.

Faustball-Bezirksmeisterschaft. Am Sonntag, den 19. Juni, finden die Ausscheidungsspiele um die Bezirksmeisterschaft im Faustball auf dem DHV.-Platz statt, nachmittags 2½ Uhr. Als Schiedsrichter fungieren bei den Männerspielen die Bundesgenossen M. Kothe, 5. Abt. und Fritz Müller, 4. Abt. Bei den Turnerinnen der Bundesgenosse Oskar Lindner, 7. Abt., und Bundesgenossin Gertrud Stellmacher, 4. Frauen-Abt.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau, Abteilung Motorfahrer. Am Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, findet die jährige Abteilungsversammlung im Lokal von Ernst Böhm, Jahnstraße, statt.

Erstes Uebungsschießen des Arbeiter-Schützenbundes. Seit einigen Wochen ist auch in Breslau ein Arbeiter-Schützenverein gegründet worden und hat seinen Beitritt bereits beim Arbeiter-Schützenbund (Sitz Braunschweig) vollzogen. Das erste Uebungsschießen wird am Donnerstag, den 16. Juni, nachmittags von 4—7 Uhr, im „Schießwerder" abgehalten werden.

B.S.V. Oswitz 1923. Laut Generalversammlung vom 3. Juni wurden folgende Sportgenossen als Vorstandsmitglieder gewählt: 1. Vorsitzender wie bisher Fritz Winkler, 2. Vorsitzender Heinrich Grubn, 1. Kassierer E. Rother, 1. Schriftführer E. Schmidt, 1. Sportwart: A. Kraske, Zeugwart: Sucker, als Revisoren die Sportgenossen Blaschke, M. Grubn und M. Mitschke.

Arbeiter-Radfahrerverein, Ortsgruppe Hartlieb-Krietern. Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr, außerordentlicher Vereinsabend.

DUNLOP „Gürtelpanzer"
Der neuste Stahlseil-Ballon-Reifen

Vom 19. Juni bis 3. Juli 1927 das Fest der schlesischen Heimat, das Breslauer

Johannisfest

„Rübezahls Reich" (Riesengebirgs-Szenerie)

Täglich große Sportkämpfe ◆ Große musikalische Sonderveranstaltungen in der Jahrhunderthalle ◆ Niegesehene Schaustellungen.

Sonntag 4.30 Uhr: **Fußballstädtewettkampf Breslau—Gleiwitz.**

Große Afrika-Völkerschau
unter Leitung des Geheim.-Reg.-Rat Reis von der Kolonialvölkerschau Berlin.
Sonntag, den 19. Juni:
Großer Oberschlesier-Tag
abends 6,30 Uhr, in der Jahrhunderthalle:
Orgel-Konzert
Hermann Lüge mit dem Schlesischen Oratorium-Quartett.
Eintrittspreise: Erwachs. 30 Pf., Kinder 10 Pf.
Sonn- u. Feiertage: „ 50 Pf., „ 20
Dauerkarten, für alle Tage gültig: Erwachsene 2.50 Mk., Kinder 1.00 Mk.
Dauerkarten bei Barasch.

Stadttheater
Donnerstag 8 Uhr: 10. Abd.-Vorstellg. 8315 Serie E
Zum letzten Male!
Louise
Freitag, 8 Uhr: Zum letzten Male!
„Der Mikado"
Sonnabd. 7 Uhr:
Der Rosenkavalier

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 8314
Tel. Stephan ~~8000~~.
Täglich 8 Uhr:
Der große Operetten-Erfolg!
„Die Siegerin"
Sonntag, nachm. 3½ Uhr:
„Die Zirkusprinzessin"
Dienstag, 8 Uhr:
Zum 25. Male:
„Die Siegerin"

Lobe-Theater
Tel. Ring 6774 u. 6700
Donnerstag, Freitag, 20 Uhr:
Zum letzten Male!
Androklus und der Löwe
Komödie v. Bernard Shaw

Thalia-Theater
Geschlossen!

Victoria
Theater — 8¼ Uhr.
Revue der Einakter.
Jugendl. verboten
Olga Irén
Fröhlich
bekannte Breslauer Charakter-Type.
Spoliansky Deutschlands best. Typendarsteller
Käte Röwer in:
„Spelunke"
Herbert Hard
Gustav, es blitzt!
Hedda Carina
Besuch im Bett!
„Süßenbach's"
Nackte Tatsachen
Billetts nur gegen Revers!
Im Garten, 8½ Uhr
Gart.-Kino-Varieté
Neuer Spielplan.
Eintritt frei!
8333

Liebich-Sommer-Theater
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel Rudolf Nelson und Käte Erlholz 8302
in der Revue: „20 Jahre Nelson"
20 bunte Bilder von Zerlett. Musik v Rudolf Nelson.
Karten: Musikhaus Hoppe, Barasch, Theaterkasse.

Henkner's Festsäle, Morgenau
Sonnabend, den 18. Juni:
Sommernachtsball · Fahnenweihe
S.P.D. Distrikt 29 5498
Diverse Ueberraschungen!
Eintritt: Herren 80 Pf., Damen 65 Pf.
Einlaß 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende???

Arbeiter, Maurer, Zimmerleute
empfehle:
Schwarze Lederhosen 3 Draht . . 15 u. 12 Mk.
mit Latz . . . . 16 u. 13 Mk.
Schwarze Tuch-Lederhosen auch mit Schnitt . . . . 6.50 Mk
Maurer-Hosen in Leder . . . . . von 7 Mk. an
Große Auswahl in
Maurer-Köper-Blusen, Jacken und Hosen.
Eugen Hamburger
Teichstraße 31, Ecke Springerstraße. 8341

Bräuer's Festsäle
Gabitzstraße 22 Inh.: Paul Graeser
Heute Donnerstag sowie jeden Sonntag:
Gesellschaftstanz
Saxo-Jazz-Orchester 8233

MÖBEL
Küchen kompl. 7-tlg. von 80.00 Mk. an
Schränke pol. 2-türg. von 60.00 Mk. an
Ausziehtische . . . . von 38.00 Mk. an
Polierte Stühle . . . . von 5.60 Mk. an
Preiswerte Schlaf-, Herren- und Speisezimmer Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Auflegematratzen und alle Arten Einzel- und Kleinmöbel
Biener, Dühring & Co.
Möbel und Stühle en detail und en gros
Matthiasstraße 107 und Weinbergsweg 18/20

Vorzeiger dieses auf alle
Mäntel und **Kostüme**
20% Rabatt
Wohl & Alexander
Damen u. Mädchen Mäntel Fabrik
Kein Laden Eingang rechts neben Henel & Fuchs
Am Rathaus 25 3. Stock

Jedem ein Fahrrad
Abzahlung ganz nach Wunsch. 8587
Große Auswahl von 65 Mk. an. Zubehör gratis.
R. Mühle & Sohn
Tauentzienstraße 55, Nähe Taschenstraße.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Maurer** jeder **Zimmermann**
kauft seine Arbeitskleidung gut und billig bei
Adolf Malinowitzer, Klosterstraße 23.
Arbeits-Hosen, gestreift Pilot 9.50, 7.25, 4.75
Maurer-Hosen mit und ohne Schnitt 11.00, 9.50, 6.50
Schwarze Dreidraht-Hosen mit Latz . . 16.50, 13.50
Manchester-Hosen mit u. ohne Schnitt 15.00, 13.50 9.75
Bauchhosen in allen Qualitäten.
Maurer-Blusen ✶ Maurer-Werkzeuge

Anzug-Zutaten
4 bis 12 Mk., Kittel Mtr. 48 bis 90 Pf., Leinwand Mtr. 35 Pf. bis 1.20 Mk., Aermelfutter Mtr. 48 Pf. b. 1.40 Mk., Garn 1000 Mtr. 25—70 Pf., 100 Suppenwürfel 3 Mk., Mako-Schnürsenkel 100 Paar 2.00 b. 8.00 Mk., Knöpfe Dtzd. 3—10 Pf., Kernseife Riegel 13 Pf., Erdaldose 15 Pf.
Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstraße 17.

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Getragene sowie neue
Herren-Anzüge
sind wieder billig vorrätig.
D. Juliusburger
Kupferschmiedestr. 31

Druckerei Volkswacht
fertigt
moderne Drucksachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6

Wichtig!
Jeder spart Geld, wenn man sich bei Bedarf von Möbeln an die Speicherläger des Volksspeichers wendet. Neue u. gebrauchte, einfache und die elegantesten Sachen und Wirtschaftsgegenstände sind zu haben.
Nachstehend einige Preise:
Speisezimmer, flämisch 365.—
Neue Schränke . . 55.—
3 tür. Schlafzimmerschrank 85.— usw.
Meldungen alsbald und bis auf weiteres an den Lagerhalter des 8325
Ersten Breslauer Möbel-Volksspeichers
Robert W. Stache
Nur Berliner Straße 9.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Wohnungen
Wohnungstausch.
Suche 2fenstr. Zimmer, helle Küche u. Beigel. i. West. Biete 1 Berl. Zim. m. Kab., 1 fenstr. helle Küche, Gas, Wasser vorhanden Zahle Abstand. Off. u. 183 a. Volkswachtbuchhdlg. N. Graupenstr. 5. 183b

Arbeitsmarkt
Schneiderinnen
und Hilfsarbeiterinnen
auf Damenkleider können sich mit Ausweis sofort melden.
Brück, Wallstraße Nr. 11.

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfennige, jetzt 4 Pfennige.

Guterhaltenes Vertiko preiswert zu verk. Kügler, Lohestraße 25, Sth. ptr. lks.

Längen-Strickmasch. billig zu verkaufen bei Zidulla, Steinauer Straße 39.

Grasnutzung sofort abzugeben Claassenstraße 8/10.

Sehen und Staunen!
Eigene Anfertigung
daher so billig!
Pa. Windjacken garantiert imprägniert
Herren u. Knaben 8.75, 5.90
Damen u. Mädchen 8.75, 6.90
Fabelhaft billig
Damen-Waschkleider 8360
Riesenauswahl 2.95, 2.50 1.95
H. Wassermann
Friedr.-Wilhelm-Str. 35
Vorzeiger dieses 5% Rabatt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, des Afabundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft. 5467
Auskunft erteilen bzw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Breslau, Margaretenstr. 17, die Vertrauensleute der Volksfürsorge, alle Verkaufsstellen des Konsumvereins „Vorwärts", die Verbandsbüros oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59.

Wanderer! Ausflügler!

Ludwig Lessen, Ein Wanderbuch, An deutschen Seen, Flüssen und Buchten, illustriert, kartoniert . . . nur 30 Pf.
Friedrich A. Seyffert, Der Wanderer, kartoniert 50 Pf.
Kurt Grottewitz, Sonntage eines Großstädters in der Natur, alte Ausgabe, Ganzleinen . . . . . nur 1.25
Neue Ausgabe mit 12 Holzschnitten von Hans Goetsch, Ganzleinen 2.80
Kurt Grottewitz, Unser Wald, ein Volksbuch, herausgegeben von Wilhelm Bölsche, mit zahlreichen Photographien in Ganzleinen 3.75
Umgebungskarten und Führer laufend vorrätig!

Volkswachtbuchhandlungen Breslau
Neue Graupenstraße 5 Neue Taschenstraße 11

Pfiffig sammelt Erfahrungen

Der Lebensweg eines Menschen in 12 Bildern.

II.

Freundlich und hell schien die Frühlingssonne! Pfiffigs Paul hatte sich nunmehr vier Wochen Lebenskraft an der Brust von Frau Emma gesogen und strampelte und krähte im Ueberschwang begeisterter Gefühle der Sonne entgegen. Frau Knesebeck, die Hebamme, hatte am heutigen Morgen der jungen Mutter auf dem Wochenmarkt den honorarfreien Rat gegeben, alltäglich den kleinen Paul ein Stündchen an die frische Luft zu führen.

„Los, Maxe, zieh' dich an und nimm Paul auf den Arm, denn Frau Knesebeck verlangt, daß unser Junge unverfälschte Frühlingsluft einatmen soll", sprach Frau Emma, als Herr Pfiffig von der Arbeit kam. „Was, und da soll ich Paul tragen, wo ich meine Knochen acht Stunden lang müde gearbeitet habe? Aber schön, du befiehlst und der Junge gebraucht es, um ein starker Mann zu werden, also muß ich mich fügen." Herr Pfiffig ergriff mit der einen Hand den Hut, mit der anderen seinen Sohn Paul und trollte brav und unerschrocken der voranschreitenden Frau Emma nach, nicht achtend der bissigen und hohnlächelnden Redensarten neidischer Zeitgenossen, die sich keines Sohnes erfreuten.

Auf ihrem Gang durch die Anlagen der Stadt begegneten Pfiffigs einem Kindermädchen, welches einen eleganten, vernickelten, auf Gummi laufenden und mit Rücktrittbremse versehenen Kinderwagen gemütlich vor sich herschob.

„Sieh mal, Maxe, wenn wir uns solch einen Kinderwagen leisten könnten, dann brauchtest du meinen Sohn nicht zu tragen", meinte Frau Emma. Max Pfiffig lenkte nach dieser weisen Bemerkung seiner besseren Ehehälfte unmerklich die Schritte in die Richtung auf das Verlagshaus der „Volkswacht" hin und sprach, dort angelangt: „Halte doch mal meinen Sohn einen Augenblick, Emma, ich muß nur schnell etwas erledigen." Damit verschwand er in dem Hauseingang. Frau Emma, neugierig geworden, wollte nach Rückkehr des Mannes durchaus wissen, was dieser dort gewollt habe. Doch Pfiffig hüllte sich in schmunzelndes Schweigen. Eine leise Verstimmung hielt bis zum Erscheinen der Zeitung zwischen den Ehegatten an, die aber verschwand, als Frau Emma, die die Romanfortsetzung mit brennendem Interesse verschlingen wollte, auf ein Inserat stieß, welches also lautete:

Gebrauchter, jedoch gut erhaltener
Kinderwagen
zu kaufen gesucht
Max Pfiffig.

Am nächsten Tage reihten sich Leute auf der Straße an, die Kinderwagen zum Kauf anboten. Der alte Pfiffig wählte mit Bedacht ein geeignetes Objekt und fortan fuhr Paul, der Sohn, durch die Straßen bequem und sicher. (Fortsetzung folgt.)

2. Beilage zur Volkswacht

Donnerstag, den 16. Juni 1927

Der Stand der Arbeitslosigkeit in Sowjet-Rußland.

(„Prawda v. 7. 6. 27, Nr. 126.) „Mit Beginn des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres hat die Zahl der an den Arbeitsbörsen registrierten Arbeitslosen eine Zunahme erfahren. Vom 1. Oktober 1926 bis zum 1. Mai 1927 hat die Zahl der Erwerbslosen sich von 1 070 000 auf 1 428 000 erhöht. Es ist jedoch zu bemerken, daß diese Zunahme bereits im April zum Stillstand gekommen und im Mai eine geringe Senkung von 1,9 Prozent eingetreten ist. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist verursacht worden nicht nur durch das Nachlassen der Nachfrage nach Arbeitskräften bei weiterem Zustrom von Bauern in die Städte, sondern dadurch, daß die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder, die ehedem meist nicht an den Börsen registriert wurden, sich in letzter Zeit auf Grund der Verfügung des XII. Gewerkschaftskongresses haben registrieren lassen. So hat sich im Laufe des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres (Oktober 1926/Oktober 1927) die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder von 514 000 auf 772 000, also um 50,2 Prozent vermehrt, während im Laufe der gleichen Zeit des Vorjahres die Vermehrung nur 22,6 Prozent betragen hatte.

Immerhin unterliegt es keinem Zweifel, daß die Abwanderung der überschüssigen Bevölkerung vom Lande in die Städte als Ursache der Arbeitslosigkeit mit an erster Stelle steht. Das ergibt sich, wenn man die Angaben, die gegenwärtig von den Kreis- und Dorfsowjets über die Zahl der im Jahre 1926 Abgewanderten gesammelt worden sind, berücksichtigt. Diese Angaben weisen darauf hin, daß die Abwanderung um 13,6 Prozent, gegen das Vorjahr zugenommen hat. Die Zahl der zu außerlandwirtschaftlicher Betätigung abgewanderten Bauern betrug im Jahre 1926 — 3 222 000, gegen 2 788 000 im Jahre 1925. Auf Grund der Volkszählung, die im Dezember 1926 stattgefunden hat, kann man feststellen, daß die Zahl der ehemaligen Landbewohner, die sich alljährlich in den Städten niederlassen, die Riesenziffer von 1 Million beträgt.

Die 1 428 268 Arbeitslosen verteilten sich am 1. Mai dieses Jahres auf die einzelnen Kategorien wie folgt:

1. Arbeitslose im engeren Sinn . . .	921 238 (64,5 %)
2. Saisonarbeiter	147 111 (10,3 %)
3. Erwachsene, die bisher Lohnarbeit nicht verrichtet haben	218 525 (15,3 %)
4. Jugendliche, die bisher Lohnarbeit nicht verrichtet haben	141 399 (19,9 %)

Unter den 921 238 Arbeitslosen im engeren Sinne gehörten 232 000 der Industriearbeiterschaft an.

Die in letzter Zeit ergriffenen Maßnahmen haben bewirkt, daß die Zahl der Arbeitsvermittelungen erheblich zugenommen hat. Mit Beginn des laufenden Wirtschaftsjahres, das heißt vom Oktober 1926 bis zum 1. März 1927 haben sämtliche Arbeitsbörsen der Union 849 000 Personen Arbeit vermittelt, während in der gleichen Zeit des Vorjahres diese Zahl nur 743 000 betragen hatte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Steigerung der Arbeitsvermittelung zu einer Zeit erfolgt ist, in der die Nachfrage nach Arbeitskräften in der staatlichen Industrie erheblich nachgelassen hatte.

Im laufenden Wirtschaftsjahr sollen für Arbeitslosenunterstützung 80 600 000 Rubel verausgabt werden, und zwar:

Aus dem Budget der Sozialversicherungskassen	66 000 000
Aus dem Staatsbudget	8 100 000
Aus den Lokalbudgets	6 500 000
Insgesamt	80 600 000

In diese Mittel sind die Mittel nicht einbegriffen, die die Gewerkschaften zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder aufwenden, und die etwa 10 Millionen betragen. Gegenwärtig erhalten aus den Mitteln der Sozialversicherung in der ganzen Union etwa 600 000 Arbeitslose Unterstützung (bei einer Gesamtzahl von rund 1 430 000! D. Red.). — Die durchschnittliche Norm der Erwerbslosenunterstützung beträgt im Monat in der ersten Kategorie 18 Rubel, in der zweiten 12 Rubel. In Moskau 22, bzw. 15 Rubel. Außerdem sind in Moskau, Leningrad, im Uralgebiet und in einer Reihe anderer Orte für Arbeitslose mit Familien Zuschläge von bis zu 30 Prozent gewährt worden. Diese Familienzuschläge sollen überall eingeführt werden. Für die Durchführung von öffentlichen Arbeiten zur Unterstützung der Erwerbslosen sind 10 Millionen Rubel vorgesehen."

Wie wir bereits wiederholt vermerkt haben, ist die Steigkeit der Arbeitslosigkeit in Rußland hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß in den ländlichen Bezirken die zunehmende Bevölkerung nicht ausreichend Arbeitsgelegenheit findet, was zur Folge hat, daß sie in die Städte abwandert, um in der Industrie Unterkunft zu suchen. Eine Beseitigung oder Milderung der Arbeitslosigkeit wäre daher nur dann zu erreichen, wenn es gelingen würde, die Bevölkerung in stärkerem Maß auf dem Lande festzuhalten, wozu natürlich eine Steigerung der Intensität der ländlichen Arbeit erforderlich ist. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen ist zweifellos erheblich höher, als die Zahl der registrierten Arbeitslosen, denn längst nicht alle vom Lande zugewanderten Arbeitslosen lassen sich an den Börsen registrieren.

Die Erklärung für die Entwickelung des Mitgliederstandes der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale

der von 1919 bis 1926 von mehr als 23 auf 13,5 Millionen zurückging, liegt, wie unser Amsterdamer Parteiblatt „Het Volk" feststellt, vor allem in der verhängnisvollen Wirkung der Moskauer Fata Morgana auf die Arbeiterschaft. Der Moskauer Irrweg, dazu die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in Polen und in der Tschechoslowakei, der Zusammenbruch der Bewegung in den Balkanländern, die Zersplitterung des französischen Gewerkschaftsbundes, die Vernichtung des italienischen Gewerkschaftsbundes durch den Faschismus — all das lasse es wie ein Wunder erscheinen, daß die internationale Gewerkschaftsbewegung nicht noch mehr in den kritischen Jahren von 1919 bis 1926 geschwächt wurde. Ein unberechenbarer Schatz von Energie sei in dem Sumpf innerer Zersplitterung verloren gegangen. Die Lebenskraft des IGB. sei aber ungebrochen. Trotzdem dürfe nicht verkannt werden, daß nunmehr der Augenblick gekommen sei, wo die Arbeiterklasse vor der Notwendigkeit einer ernsten Selbstprüfung stehe und wo der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Teilen der Bewegung neu aufgebaut und ihre Organisation mit den Verhältnissen der Gegenwart in Uebereinstimmung gebracht werden müsse, um den Weg der Bewegung für die Zukunft mit klarer Einsicht und fester Hand zu bestimmen.

Kongreß der französischen Staatsarbeiter.

Paris, 16. Juni. (Eig. Funkbericht.) Am Mittwoch begann in Paris der Jahreskongreß des Nationalverbandes der französischen Staatsarbeiter. In seiner Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende Bedel darauf hin, daß sich der Nationalverband durch Anschluß einer Reihe Unterorganisationen verstärkt habe. So sei namentlich jetzt der Verband der Arbeiter des Zündholzmonopols hinzugetreten. Die moralische und materielle Solidarität des französischen Gewerkschaftsbundes mache also ihre Anziehungskraft deutlich bemerkbar.

Textilarbeiterstreik in Barcelona.

Paris, 16. Juni. (Eigener Funkbericht.) Nach Nachrichten aus Barcelona soll dort ein Generalstreik der Textilarbeiter ausgebrochen sein. Der Grund ist angeblich darin zu suchen, daß mit der Einführung der Sommerzeit eine Arbeitszeitverlängerung erfolgte. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen streikenden und demonstrierenden Arbeitern und der Gendarmerie, die von der Waffe Gebrauch machte. Zahlreiche Arbeiter sollen verwundet, viele Verhaftungen vorgenommen worden sein. Die spanische Zensur versucht, jede Veröffentlichung über die Vorgänge in Barcelona zu unterdrücken.

Kleine und große Diebe.

Die Mißbräuche in der Erwerbslosenfürsorge.

Mißbräuche kommen überall vor, natürlich auch bei der Erwerbslosenunterstützung. Wer aber weiß, daß sich der Arbeitslose oft vor den Behörden sozusagen bis aufs Hemd ausziehen muß, bevor er eine Erwerbslosenunterstützung erhält, der kann nicht glauben, daß die Mißbräuche, von denen immer so viel geredet wird, gar so arg und gar so zahlreich sind. Immerhin, Mißbräuche können nicht geduldet werden und auch die Gewerkschaften wollen sie nicht vertuschen oder beschönigen. Deshalb soll grundsätzlich nichts dagegen eingewendet werden, wenn jetzt der Preußische Justizminister zur Abstellung der Mißbräuche, wie Schwarzarbeit, Stempelnachahmung, falsche Angaben usw. die Strafverfolgungsbehörden ersucht, gegen die Mißbräuche, insbesondere gegen Betrug oder Urkundenfälschung, nachdrücklichst vorzugehen. Dennoch hat diese Verfügung des Justizministers für jeden sozial denkenden Menschen einen salzig-bitteren Nachgeschmack.

Schon bisher wurden Stempelfälschungen, falsche Angaben und dergleichen immer sehr hart geahndet, während die größeren Sünder im Unternehmerlager ungeschoren blieben. Schwarzarbeit muß doch in erster Linie auf das Konto der Arbeitgeber gesetzt werden; hier sind die Versucher die eigentlichen Schuldigen und weniger die Arbeitslosen, die sich aus nur [illegible] noch ein paar Pfennige zu ihrer Unterstützung hinzuverdienen wollen. Es ist kein Geheimnis, daß erwerbslose Schwarzarbeiter vor allem in der Heimarbeit zu suchen sind. Die Not und die Furcht vor Bestrafung und vor dem Verlust der Unterstützung macht die Schwarzarbeiter in der Heimarbeit zu gefügigen Ausbeutungsobjekten für gewissenlose Auftraggeber, und wie in der Heimarbeit, so kommen auch in anderen Gewerbezweigen geradezu haarsträubende Ausbeutereien vor. Es ist noch nicht lange her, da wurde im Preußischen Landtag festgestellt, daß der deutschnationale Landtagsabgeordnete Higer-Spiegelberg Arbeitslosenunterstützungsempfänger für ein Hundelohn mit Schwarzarbeit beschäftigte. Herr Higer-Spiegelberg hat erwerbslose Arbeiter, die in Neustadt a. Dosse die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen, auf sein Gut genommen und von ihnen bestimmte Arbeiten gegen Zahlung eines Stundenlohnes von sage und schreibe: 20 Pfennig verrichten lassen. Wir haben nichts davon gehört, daß die Strafverfolgungsbehörden diesen Prominenten unter den preußischen Agrariern am Kragen gepackt haben.

Mißbräuche müssen und sollen bekämpft werden, aber die Mißbräuche in der Erwerbslosenfürsorge können ebensowenig wie in der Arbeitszeit von den Strafverfolgungsbehörden ausgerottet werden. Wer die Mißbräuche der Erwerbslosenfürsorge bekämpfen will, der muß, wie die freien Gewerkschaften das immer gefordert haben, vor allem die Arbeitsnachweise reformieren. Reform der Arbeitsnachweise, Besetzung der Arbeitsämter mit erstklassigen Arbeitskräften, gute finanzielle und technische Ausrüstung für Arbeitsnachweise — das erste schafft die Voraussetzungen für eine wirksame Kontrolle. Hieran aber fehlt es noch weit. Je besser der Arbeitsnachweis, desto weniger gibt es auch Mißbräuche gegenüber den Arbeitslosen. So etwas gibt es nämlich auch. Wie oft kommt gerade der ehrliche Arbeitslose sehr leicht in den Verdacht, ein Drückeberger und Schwindler zu sein, weil es die Unternehmer nicht für nötig halten, bei der Anforderung von Arbeitskräften den Nachweisstellen klare und genaue Aufträge zu geben. Bei den Warenbestellungen erlaubt man sich doch auch keine oberflächliche Ordres. Warum ist man bei der Bestellung der Ware Arbeitskraft nicht ebenfalls genau und verständlich? Bei der Arbeitsnachweistagung in Dresden ist auf diese Dinge sehr nachdrücklich hingewiesen worden. Bei etwas mehr gutem Willen der Arbeitgeber könnten den Arbeitslosen tausend unnötige Gänge und Fahrgeldspesen, die fast die halbe Unterstützung wegfressen, erspart und unnötige Verdächtigungen vermieden werden.

Nach den Methoden, die allzu peinlich an das bekannte Wort, die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen, erinnern, beseitigt man die Mißbräuche der Erwerbslosenfürsorge nicht. Nicht die Strafverfolgungsbehörden, sondern moderne Arbeitsnachweisbehörden schützen die Arbeitslosenunterstützung vor Mißbrauch und Mißkredit.

Die Hungerpeitsche.

Zum Streit im Norddeutschen Wollkonzern.

Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers über die im Lohnstreit des Norddeutschen Wollkonzerns gefällten Schiedssprüche wird spätestens zu Beginn der kommenden Woche fallen. Trotz aller Bemühungen der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums war eine Einigung bei den Nachverhandlungen nicht zu erzielen, da die Arbeitgebervertreter, die diesmal bei den Verhandlungen auffällig stark vertreten waren, alle Angebote ablehnten. So blieb schließlich nichts anderes übrig, als die Entscheidung über den Antrag der Arbeitnehmer auf Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche dem Reichsarbeitsminister zu überlassen.

Die in Hamburg ausgesprochene einstweilige Verfügung, die trotz des Widerspruchs der Arbeitnehmer nicht aufgehoben wurde, hat die Gegenseite veranlaßt, mehrere Strafanträge wegen Verstoß gegen die einstweilige Verfügung zu stellen. Inzwischen ist beim Landgericht Hamburg über den Einspruch des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen die Straffestsetzungsanträge vom 3., 5. und 10. Mai verhandelt und Beschluß gefaßt worden. Das Landgericht hat sich mit folgendem Beschluß zugunsten der Textilarbeiter entschieden: „Die Anträge der Antragstellerin vom 3., 5. und 10. Mai 1927 auf Straffestsetzung werden kostenpflichtig abgelehnt. Glaubhaftmachung genügt in diesem Verfahren nicht. Die erforderlichen Beweise sind nicht angetreten. Die behaupteten Tatsachen sind zum Teil nicht geeignet, die Straffestsetzung zu begründen." Damit ist der Nadelstichpolitik der Arbeitgeber ein Riegel vorgeschoben.

Strittig ist noch ein vierter Antrag wegen Verstoß gegen die einstweilige Verfügung, der damit begründet ist, daß den Streikenden Brot- und Essenmarken ausgehändigt worden sind. Man hat gegen den Gewerkschaftsführer Paul Frauböse sogar eine Haftstrafe beantragt. Abgesehen davon, daß die Verteilung solcher Karten schon eine alte Einrichtung ist, die seit Kriegsende besteht und vom großen Arbeiterrat für alle erwerbslosen Mitglieder sämtlicher Gewerkschaften vorgenommen wird, hat der Deutsche Textilarbeiterverband auf die Vornahme solcher Zuweisungen keinerlei Einfluß, da er wie alle anderen freien Gewerkschaften in Hamburg nur Verteilungsstelle des großen Arbeiterrats ist.

Dieselben Arbeitgeber, die schreien, die Arbeiterschaft hätte gegen die guten Sitten verstoßen, bringen es also fertig, das Gericht zu alarmieren, um mit Hilfe von Strafbestimmungen arbeitslose Menschen dem Hunger preiszugeben.

Selbst weite Kreise der Arbeitgeber wenden sich mit Abscheu von diesem Treiben der Antragsteller ab und erklären beschämt: So etwas muß man in einem Kulturlande wie Deutschland erleben! Es wäre angebracht, zu prüfen, ob nicht das Verlangen der Arbeitgeber gegen die guten Sitten verstößt. Der Arbeiterschaft versagt man das erlaubte Mittel des Streiks zur Erringung bescheidener Rechte, selbst aber scheut man nicht einmal von der Anwendung der Hungerpeitsche zurück. Man will nicht nur den im Kampf stehenden Mann, sondern auch die am Kampf unbeteiligten Frauen und Kinder mit der Hungerpeitsche treffen.

Als im Krieg durch die Hungerblockade das ganze deutsche Volk bedroht wurde, ging ein Schrei der Empörung über die Roheit dieser Kriegsführung durch Deutschland. Heute beschreitet die Antragstellerin, die auch damals gegen die Hungerblockade empört war, denselben Weg. Bei gewissen Arbeitgebern ist eben längst die Scham zu den Hunden entflohen.

50 Millionen Mark für Unfälle im Bergbau

Im Jahre 1926 sind im Rahmen der Knappschaftsberufsgenossenschaft für das Deutsche Reich insgesamt 49,5 Millionen Mark in der Unfallversicherung aufgewendet worden. Diesen Aufwendungen steht ein Gesamtlohnaufkommen von 1,5 Milliarden Mark gegenüber. Es sind somit in Prozenten der Lohnsumme durchschnittlich 3,16 Prozent für Unfälle im Bergbau umgelegt worden. Für die Unfallverhütung sind rund 320 000 Mark aufgewendet worden. Beim Vergleich der einzelnen Sektionen zeigt sich, daß die höchste Belastung aus der Unfallversicherung gegenüber dem Lohnaufkommen die Sektion Beuthen OS. mit 4,20 Prozent zu tragen hatte. Bei der Sektion Bochum betrug die Umlage 3,06 Prozent gegenüber der Lohnsumme. Die Kosten der Unfallverhütung waren bei der Sektion Beuthen OS. am höchsten. Die Zusammenstellung zeigt, daß das Abänderungsgesetz vom 14. Juli 1925 im Bergbau eine wesentliche Steigerung der Rentenlast von 1926 gegenüber der des Jahres 1925 bedingte.

Neuregelung der Beamtengehälter am 1. Oktober.

Der Reichsfinanzminister hat die geplante Neuregelung der Beamtengehälter für den 1. Oktober in Aussicht genommen. Das Ausmaß der Erhöhung steht jedoch noch nicht fest.

Sonderunterstützung für erwerbslose Tabakarbeiter.

Vom 1. April d. J. ab trägt das Reich die Gesamtkosten der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge, soweit die Beitragsmittel nicht ausreichen, mit Ausnahme des Gemeindedrittels der Verwaltungskosten. Es bestehen mithin vom genannten Zeitpunkt ab die Voraussetzungen, die eine besondere Abrechnung der Ausgaben an Unterstützungen für die über 26 Wochen vollerwerbslosen Tabakarbeiter notwendig machten, nicht mehr. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ordnet der Minister für Volkswohlfahrt im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister daher an, daß in Zukunft die Kosten, die durch die Sonderfürsorge für über 26 Wochen vollerwerbslose Tabakarbeiter entstehen, in die monatlichen Abrechnungen über die allgemein unterstützende Erwerbslosenfürsorge mit aufzunehmen sind. — Bezüglich der Vorschußanforderungen und Abrechnungen für die Kurzarbeiterfürsorge der Tabakarbeiter verbleibt es bei den bestehenden Bestimmungen.

Ein Berliner Polizeimajor verhaftet Polizeibeamte, weil sie an einer Beamtenkundgebung teilnahmen.

Im Verlauf der am Dienstag abend von dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in Berlin veranstalteten Kundgebung ließ der Inspektionskommandeur, Major Balzer, zwei in Uniform demonstrierende Polizeibeamte verhaften. Sein allgemeines Verhalten fiel überhaupt unangenehm auf. Wie der „Soz. Pressedienst" hierzu erfährt, wird Major Balzer seines Amtes als Inspektionskommandeur in den nächsten Tagen enthoben und in ein weniger selbständiges Amt versetzt werden. Diese in Aussicht gestellte Maßnahme zeigt, daß der Berliner Polizeipräsident entschlossen ist, die selbstverständlich auch für Polizeibeamte geltende Koalitionsfreiheit zu schützen.

Der Entwurf einer Satzung der „Zusatzversorgungskasse des Reichs und der Länder"

ist dieser Tage vom Reichsfinanzministerium den Gewerkschaftsorganisationen, die beim Reich und den Ländern beschäftigte Arbeiter und Angestellte organisieren, zugeteilt worden. Damit ist eine seit Jahren von den Organisationen aufgestellte und immer wieder mit vieler Energie vertretene Forderung zur Wirklichkeit geworden. Die Zusatzversorgungskasse soll eine auf gegenseitiger Beitrags-Leistung aufgebaute Versorgungskasse mit eigenen Verwaltungsorganen sein. Die Kosten der Verwaltung sollen jedoch ausschließlich von den daran beteiligten Behörden, Reich, Staat usw. getragen werden. Der Kasse können je nach Dauer und Art der Beschäftigung versicherungspflichtige und freiwillige Mitglieder beitreten. Als Leistungen sind neben einer Zusatzrente noch Witwen- und Waisenrente und Sterbegeld vorgesehen. Im großen und ganzen ist der Entwurf an die Versorgungsanstalt der Deutschen Reichspost angelehnt.

Verhandlungen der Organisationen mit dem Reichsfinanzministerium über den Entwurf haben noch nicht stattgefunden, sondern werden erst in den nächsten Tagen aufgenommen. Es läßt sich daher auch noch nichts endgültiges über den Aufbau und die Gestaltung der Kasse sagen, zumal der Entwurf noch nach verschiedenen Seiten hin sehr verbesserungsbedürftig ist.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 15. Juni.

1 Pfund Sterling	20,476	100 franz. Francs	16,51
1 Dollar	[illegible]	100 tschech. Kronen	12,49
100 holl. Gulden	[illegible]	100 Schweizer Francs	81,071
100 Belga = 500 Francs	58,635	100 [illegible]	[illegible]
100 norw. Kronen	108,98	100 schwed. Kronen	112,96
100 Danzig. Gulden	[illegible]	100 [illegible]	[illegible]
100 Lire	[illegible]	100 österr. Schilling	[illegible]
100 dän. Kronen	[illegible]	100 [illegible]	[illegible]

Wie wirkte der Zoll?

Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz hat in einem ihrer Beschlüsse an die Völker die dringliche Aufforderung gerichtet, „daß die Regierungen unverzüglich Pläne ausarbeiten sollen, um Stufe für Stufe die Zollschranken aufzuheben oder zu ermäßigen". Diesem Beschluß hat die deutsche Regierung erst vor wenigen Tagen auch offiziell zugestimmt. Wie stellt sich nun die gegenwärtige Regierung praktisch zu dem Abbau der Zollschranken? Allem Anschein nach will sie die schutzzöllnerische Tarifnovelle vom August 1925, die demnächst abläuft, schematisch auf drei Jahre verlängern und sie darüber hinaus um einige unglaubliche Zollerhöhungen für Agrarprodukte bereichern. Die neuen Zollvorschläge haben zwar bis jetzt noch keine feste Gestalt angenommen. Die Forderungen aber, die aus Entschließungen der agrarischen Verbände und durch Reden des deutschnationalen Ernährungsministers an die Oeffentlichkeit gelangten, sind so unglaublich und so überspannt, daß man auf alles gefaßt sein muß.

Es erscheint deshalb augenblicklich doppelt geboten, sich einmal über die innerwirtschaftlichen Auswirkungen der Zollerhöhungen vom August 1925 klar zu werden. Die Zollnovelle vom August 1925 bedeutet nicht, wie es die Interessenten gern darstellen, die Rückkehr zur „bewährten" deutschen Vorkriegszollpolitik nach Wiedererlangung der handelspolitischen Selbständigkeit, sondern eine vermehrte Absperrung des deutschen Marktes vor der Konkurrenz des Auslandes. Man hat die Zollsätze insgesamt erhöht, und zwar über das durch die Geldentwertung gebotene Maß hinaus. Weiter bestanden im August 1925, was noch viel wichtiger ist, im Gegensatz zu der Lage bei der Einführung des Bülowschen Tarifs im Jahre 1902, der erst nach Abschluß von Handelsverträgen im Jahre 1906 in Kraft trat, keinerlei vorherige Handelsverträge mit starken Zollermäßigungen. Dadurch wurden die erhöhten autonomen Zolltarife sofort wirksam, was während der Bülowschen Zolltarifreform nicht der Fall war. Das Versprechen, die neuen Zölle als Verhandlungszölle zu handhaben und sie in den Handelsvertragsverhandlungen herabzusetzen, ist so „erfüllt" worden, daß praktisch nichts dabei herausgekommen ist.

Man hat bei Einführung der Zölle betont, daß sie bezüglich der inländischen Preisgestaltung gar nicht oder nur unvollkommen ausgenutzt werden würden. Verfolgt man die Entwicklung aber nur an dem Rückgrat des deutschen Zolltarifs, nämlich bei den Auswirkungen der Getreide-, Eisen- und Textilzölle, so zeigt sich genau das Gegenteil. Der Ausgangspunkt für die Agrarzölle war die ungleichmäßige Entwicklung der Agrar- und Industriepreise im ersten Jahre nach der Stabilisierung, die sogenannte Preisschere. Heute können wir feststellen, daß eine relative Ueberteuerung der Agrarprodukte eingetreten ist. Die Schere hat sich zugunsten der Landwirtschaft geöffnet. Anfang 1924, als die Zolldiskussion eingeleitet wurde, betrug der Index für Agrarstoffe 103 und der für Industriestoffe 144,1. Anfang 1927 machte der Index für Agrarprodukte aber 139,3 und der Index für industrielle Stoffe 132 aus. Allein der Roggenpreis hat sich von 160 auf 280 Mark pro Tonne gesteigert. Die Brotgetreidezölle wirken sich voll aus und werden nachgerade volkswirtschaftliche Verbrechen, nachdem in diesem Jahre die Vorräte fast vollkommen erschöpft sind. Nach der eben veröffentlichten Vorratsstatistik vom 15. Mai 1927 waren von der letzten Roggenernte nur noch 3 Prozent verfügbar. Das sind rund 180 000 Tonnen, die gerade den Bedarf bis Anfang Juni decken können. Die Zölle stellen also im gegenwärtigen Stadium eine reine Belastung der Verbraucher dar, da die Agrarier, die an ihren Kornzöllen um keinen Preis rütteln lassen und diesen zuliebe auch die Hohenzollerntreue opfern, die von der Sozialdemokratie seit Monaten geforderte Suspendierung (vorläufige Aufhebung) der Roggenzölle unterbanden.

Nicht minder verhängnisvoll haben sich die Eisenzölle innerwirtschaftlich ausgewirkt. Während in der Vorkriegszeit der deutsche Eisenzoll nicht voll ausgenutzt wurde, ist seit Gründung des Eisenpaktes die umgekehrte Bewegung eingetreten. Die Weltmarktpreise für Eisen sind seit der Beendigung des englischen Streiks um mehr als 20 Prozent gesunken. Die deutschen Preise sind unverändert unter dem Zoll- und Kartellschutz aufrecht erhalten worden. Der Preis für das Standardprodukt, Stabeisen ab Oberhausen, ist zurzeit 134,50 Mark pro Tonne. Der von der Rohstahlgemeinschaft ermittelte Weltmarktrichtpreis, der auf der Brüsseler Eisennotierung ab Antwerpen fußt, ist 93 Mark. Der deutsche Inlandspreis liegt also noch über dem Weltmarktpreis plus Zoll, da die Eisenindustrie nicht nur den Zollschutz, sondern auch den durch das Kontingentsystem gewährten Monopolschutz ausnutzt. Bei dieser Entwicklung dachte die Schwerindustrie noch vor wenigen Wochen an eine weitere Erhöhung der inländischen Eisenpreise!

Auf dem Textilmarkt sind durch die hohen Garn- und Gewebezölle die gleichen Folgen eingetreten. Die Textilzölle sind seinerzeit mechanisch um 100 Prozent erhöht worden. Die Verbraucherschaft und verarbeitende Industrie beschwichtigte man damit, daß man sie als „typische Verhandlungszölle" bezeichnete. Man hat sie praktisch nur ganz unerheblich ermäßigt. Im Schweizer Handelsvertrag ist der Zoll für Baumwollgewebe im ganzen um 10 bis 20 Prozent ermäßigt worden — auch nur für rohe Gewebe —, die Garnzölle im belgischen Tarif nur um etwa 10 Prozent. Der große Rückgang der Baumwollpreise seit Herbst 1926 hat nicht zu einer entsprechenden Ermäßigung der Textilfabrikate geführt; die hohen Zölle werden auf die Inlandspreise aufgeschlagen. So kostet zurzeit Baumwollgarn — 20er und 30er — in Deutschland 2,85 resp. 3,50 Mark per Kilogramm, in England dagegen nur 2,49 resp. 3,08 Mark per Kilogramm. Der Zoll von 0,20 resp. 0,32 Mark per Kilogramm wird also von den deutschen Spinnern voll ausgenutzt.

Es zeigt sich also schon an der Preisentwicklung der Hauptwarengruppen, daß die deutschen Zölle die Preisentwicklung aufs verhängnisvollste beeinflußten. Die Kornzölle haben im letzten Jahre die beispiellose Brotgetreideverteuerung noch verschärft. Die Industriezölle haben im Verein mit der stärkeren Monopolisierung die Preissenkung, die infolge des Rückganges zahlreicher Rohstoffpreise und durch den Rationalisierungsprozeß berechtigt war, nicht voll zur Auswirkung gelangen lassen, sondern aufgefangen, sodaß der deutsche Inlandsverbrauch um die vollen Beträge der Zollerhöhung belastet wird. Diese Entwicklung müßte eine Zollabbauaktion gebieten, sei es in der Form der Ermäßigung der autonomen Sätze oder einer wirkliche Zollabschläge gewährenden Handelsvertragspolitik. Statt dessen wagen es im gleichen Augenblick die Agrarier, die „Apostel der nationalen Wirtschaftspolitik", neue Zollerhöhungen zu verlangen, und zwar für die wichtigsten Volksnahrungsmittel: Kartoffel, Zucker und Gefrierfleisch.

Die Kohle wird teurer.

Zustimmung des Reichskohlenrates zu den Preiserhöhungsanträgen der Syndikate.

Reichskohlenverband und Großer Ausschuß des Reichskohlenrates befaßten sich am Mittwoch mit dem Antrag der beiden mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikate auf Erhöhung der Preise für Hausbrand-Briketts im inneren Absatzgebiet. Angenommen wurde ein von einem Vertreter der Verbrauchsinteressen eingebrachter Vermittlungsvorschlag, wonach gegenüber dem bisher veröffentlichten Jahrespreisprogramm die jeweiligen Monatspreise für die Monate Juli bis Oktober einschließlich, sowie für März, eine Erhöhung um eine Mark und für die Monate November bis Februar einschließlich eine solche um zwei Mark erfahren sollen.

Begründet wurde der Vermittelungsvorschlag damit, daß gewisse Erhöhungen der Selbstkosten infolge der Verkürzung der Arbeitszeit und des Zuschlages für Mehrarbeit bereits eingetreten, andere in ihrer Höhe ziffernmäßig aber noch nicht feststellbar zu erwarten sind. Die endgültige Feststellung der Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung soll im Oktober stattfinden.

Durch den Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums wurde der Beschluß der Preiserhöhung beanstandet. Die Beanstandung ging davon aus, daß das Reichswirtschaftsministerium nicht die Ueberzeugung habe gewinnen können, daß die Spanne zwischen Erlös und Selbstkosten über das Maß dessen hinaus verkürzt wurde, das notwendig sei, um den Braunkohlenbergbau lebensfähig zu erhalten. Lediglich die Befürchtung, daß die Kosten sich in Zukunft unter Umständen ungünstiger gestalten, könnte den Anspruch auf Preiserhöhung nach Lage der Sache nicht stützen.

Die Vorwegnahme künftiger und nach Art und Ausmaß völlig ungewissen Kostenerhöhung in der Preisstellung sei ein volkswirtschaftlich bedenkliches Vorgehen, das in der übrigen Wirtschaft Nachahmung finden und damit das öffentliche Wohl gefährden könnte.

Die erneuten Preiserhöhungsanträge des rheinisch-westfälischen und des Aachener Kohlen-Syndikats wurden dem Sonderausschuß zur Prüfung überwiesen.

Ständige Besserung des niederschlesischen Arbeitsmarktes.

In der Berichtswoche vom 2. bis 8. Juni ging im Bezirke des Niederschlesischen Landesarbeitsamtes die Zahl der Arbeitsuchenden von 66 051 auf 64 493 zurück. Ebenso sank die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger einschließlich der aus der Krisenfürsorge Unterstützten von 42 231 auf 41 679. In der Stadt Breslau betrug die Zahl der Arbeitsuchenden 34 656 (in der Vorwoche 34 756), die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger einschließlich der aus der Krisenfürsorge Unterstützten 22 441 (in der Vorwoche 22 241). Die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger einschließlich der Krisenunterstützten ist demnach in der Stadt Breslau angestiegen.

Im Vorjahre wurden am 9. Juni 107 601 Arbeitsuchende und 73 692 Erwerbslosenunterstützungsempfänger in der Provinz Niederschlesien gezählt.

In der Landwirtschaft hielt die starke Nachfrage nach jüngeren weiblichen und männlichen Kräften im Alter von 15 bis 18 Jahren an, besonders Mägde für kleinere bäuerliche Betriebe waren gesucht. Deputatfamilien mit Hofgängern blieben vereinzelt gesucht.

Im Bergbau bestand im niederschlesischen Steinkohlenrevier der Bedarf an Häuern und Schleppern weiter fort. In Waldenburg konnten einige gelernte Kräfte aus dem oberschlesischen Revier angelegt werden.

In der Industrie der Steine und Erden hatten die Ziegeleien verschiedentlich Bedarf an Arbeitskräften. Im Schweidnitzer Bezirk stellte eine Tonwarenfabrik eine Anzahl vornehmlich weiblicher Arbeitskräfte ein.

In der Metallindustrie setzte sich die leichte Besserung der Arbeitsmarktlage fort. Aus Hirschberg wird über einen zufriedenstellenden Beschäftigungsgrad berichtet. Auch in Görlitz hob sich die Nachfrage nach Facharbeitern.

Im Spinnstoffgewerbe war die Arbeitsmarktlage nach wie vor günstig. Die ungedeckte Nachfrage nach Fachkräften (Weber und Weberinnen) hielt im Waldenburger, Görlitzer, Landeshuter und Laubaner Bezirk an. In Lauban wurden außerdem noch geübte Hohlsaumnäherinnen, Legerinnen und Treiberinnen angefordert. Um den Bedarf einigermaßen decken zu können, wurden hier für ungelernte Arbeiterinnen Anlernestellen geschaffen.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe wird über eine bessere Beschäftigung im Bezirk Hirschberg berichtet. Dagegen ist sowohl in Liegnitz als auch in Görlitz die Arbeitsmarktlage im Holzgewerbe verhältnismäßig ungünstig, in Liegnitz vornehmlich für Möbeltischler, Drechsler, Bildhauer; hier entließ eine Stockfabrik eine Anzahl Arbeitskräfte.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe entließ ein Mühlenbetrieb im Löwenberger Bezirk eine Anzahl Mühlenarbeiter. In Brieg forderte die Tabakindustrie Arbeitskräfte an.

Im Bekleidungsgewerbe hielt der verhältnismäßig günstige Beschäftigungsgrad weiter an. Sowohl in der Herren- als auch Damenkonfektion sowie in der Maßschneiderei wurden Schneider und Schneiderinnen angefordert.

Im Baugewerbe stieg die Nachfrage nach Maurern weiter, die auch aus den benachbarten Landesamtsbezirken in zwischengebietlichen Ausgleichsverkehr in genügendem Maße nicht beschafft werden konnten. Es werden Maurer aus dem Burgenland herangezogen werden. Für Zimmerer ist die Arbeitsmarktlage weniger günstig. Die starke Nachfrage nach Malern hat etwas nachgelassen. Die Oderstrombauverwaltung mußte infolge erhöhten Wasserstandes einen Teil der auf den Wasserbaustrecken beschäftigten Arbeitskräfte entlassen.

Im Gastwirtsgewerbe war vornehmlich im Hirschberger Bezirk Nachfrage nach weiblichem Hotel- und Küchenpersonal.

In der Hauswirtschaft vermehrte sich das Stellenangebot. Gelernte Kräfte sind nicht in genügendem Maße vorhanden, dagegen ungeübte noch immer in reichlichem Ausmaße.

Weitere Absatzverschlechterung in deutsch-oberschlesischer Steinkohle.

Die Steinkohlenförderung Deutsch-Oberschlesiens ist in der ersten Juniwoche (30. Mai bis 5. Juni) auf arbeitstäglich (alles in Tonnen) 58 249 (62 412) zurückgegangen. Sie belief sich laut Fachblatt „Industrie-Kurier" an sechs Arbeitstagen auf insgesamt 349 491 (Vorwoche fünf Arbeitstage 312 059). Der Eigenverbrauch der Gruben betrug 18 023 (12 282). Durch Verkauf wurden innerhalb der Provinz Oberschlesien 97 126 (83 113), nach dem übrigen Deutschland 217 194 (189 747), nach der Tschecho-Slowakei 16 292 (14 496) und nach Deutsch-Oesterreich 1447 (517) verfrachtet. An die Reichsbahn wurden in Dienstkohlen innerhalb der Provinz Oberschlesien 11 949 (8425) und nach dem übrigen Deutschland 38 608 (36 689) abgeliefert. Der Gesamtabsatz ohne Selbstverbrauch und Deputate betrug 332 029 (287 913), wovon mit der Hauptbahn 285 885 (248 869) und auf dem Wasserwege 64 165 (57 345) verfrachtet wurden. Das weitere Anwachsen der Steinkohlenhaldenbestände konnte auch in der Berichtswoche nicht vermieden werden. Sie erhöhten sich auf 219 117 (215 603), während die Koksvorräte auf 87 397 (89 321) zurückgingen. Die Wagenaufstellung für Kohle, Koks und Briketts betrug arbeitstäglich 5112 (5465) bzw. insgesamt 30 671 (27 324) Wagen.

Die polnische Handelsbilanz

für den Monat Mai weist ein Defizit von 34 Millionen Gold-Zlotys auf und bedeutet damit eine Verschlechterung der Aprilbilanz um weitere 6 Millionen. Eine Gefahr für die Zahlungsbilanz dürfte Polen aus der passiven Handelsbilanz jedoch für die nächsten Monate auch bei weiterer Abnahme nicht erwachsen, da der Valuten- und Goldvorrat der Bank von Polen durchaus imstande ist, jede Anforderung zu decken. Außerdem dürfte Polen in nächster Zeit den Betrag von 60 Millionen Dollar aus der amerikanischen Anleihe, die bereits vor dem Abschluß steht, erhalten.

Anschluß der jugoslawischen Eisenwerke an das mitteleuropäische Eisenkartell.

Aus Wien wird uns geschrieben: Im Verlaufe dieser Woche haben in Wien die Verhandlungen zwischen den Vertretern der kartellierten mitteleuropäischen Eisenwerke einerseits und den Eisenwerken Jugoslawiens andererseits stattgefunden. Das Preisniveau auf den jugoslawischen Eisenmärkten ist infolge scharfer internationaler Konkurrenz bisher wesentlich ungünstiger gewesen, als die Preislage der übrigen europäischen Eisenmärkte. Die jugoslawischen Eisenmärkte konnten, wenn sie auch dazu geneigt gewesen wären, nicht in die internationale Rohstahlgemeinschaft aufgenommen werden, da das Kartell nur den Anschluß derjenigen Länder anstrebte, die einen namhaften Export aufzuweisen haben. Jugoslawien, das unbedingt auf Eisenimport angewiesen ist, wurde daher nicht in die Rohstahlgemeinschaft aufgenommen und es war somit Sache der unmittelbar interessierten Eisenwerke, den Versuch zu unternehmen, die Lage auf dem jugoslawischen Markt im Einvernehmen mit den heimischen Hüttenwerken zu regeln. Die mitteleuropäischen Werke haben zuerst mit den deutschen, dann auch mit den polnischen Gesellschaften ein Schutzabkommen getroffen, das den Export nach Jugoslawien regelt und sodann die direkten Verhandlungen mit den jugoslawischen Eisenwerken in Angriff genommen.

Rückgang der polnischen Spiritusproduktion. Die Gesamterzeugung an hundertprozentigem Spiritus betrug in der Kampagne 1925/26 62,6 Millionen Liter. An dieser Produktion waren 1351 Brennereien beteiligt. Dies bedeutet, verglichen an der Produktion der Vorjahre, einen starken Rückgang, und zwar gegenüber 1924/25 um 9 Millionen und gegenüber 1923/24 um 20 Millionen Liter.

Schauspielhaus — Operettenbühne

„Die Siegerin"

Operette in 3 Akten • Musik von Peter Tschaikowsky

Urteile der Presse:

Breslauer Morgenblatt: „Das Publikum ließ sich gern von der „Siegerin" besiegen und feierte alle ihre Hilfstruppen nach Gebühr."

Breslauer Zeitung: „Es war natürlich ein Sieg auf der ganzen Linie, dokumentiert durch brausenden Beifall . . . Wir sind keine anderen als gute Aufführungen im Schauspielhause gewöhnt; so ist es kaum nötig zu sagen, daß diese sich auf der gewohnten Höhe hielt".

Schlesische Tagespost: „Nach den packend aufgebauten Aktschlüssen brachen rauschender Beifall, zahllose Hervorrufe u. üppiger Blumenregen für den unbestrittenen Erfolg der „Siegerin."

Schlesische Volkszeitung: „Die neue Operette, die nach Handlung, Musik, Darstellung und Ausstattung wieder großes Format aufweist, war ein Glücksgriff der Direktion. Da alle Faktoren des sauberen, bis zum pomphaften Schlußbilde spannungs- und wirkungsvollen Stückes positiver Natur sind, bedarf es keiner Prophetengabe, um einen Dauererfolg vorauszusagen."

Schlesische Zeitung: „Die stärkste Wirkung ging von den solistischen Kräften des Theaters aus, die jetzt in einem Ensemble von wohltuender Harmonie zusammenstehen . . . Schon während des Spiels gab es wiederholt Beifall auf offener Szene und Dakapowünsche, die brav erfüllt wurden. Nach den Aktschlüssen konnte jedermann an Beifall und Blumenregen ermessen, daß diese „Siegerin" ihren Namen zu Recht trägt."